

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jeden Werktages. Abonnementpreis mit illustr. Beilage „Volk u. Welt“ frei Haus pro Woche — Montag bis Sonnabend — 45 Reichspf. Einzelverkaufspr. 10 Reichspf.

Redaktion: Johannisstraße 46
Fernruf: 905, 926, 8191

Anzeigenpreis für die achtgespaltene Beilage oder deren Raum 25 Reichspfennige, auswärtige 30 Reichspfennige. Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 20 Reichspfennige. Reklamen 90 Reichspf.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46
Fernruf: 905, 926, 8191

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 45

Mittwoch, 23. Februar 1927

34. Jahrgang

Der Henker regiert in Schanghai

Aber nicht mehr lange!

London, 22. Februar.

Die Blätter veröffentlichen ausführliche Meldungen über die Massenmordtaten in den Straßen der chinesischen Stadt von Schanghai. Überall seien die abgeschlagenen Köpfe hingerichteter Studenten und Streikposten in Käfigen und auf Pfählen zur Schau gestellt. Der Korrespondent der „Daily Mail“ sagt, die Politik des Enthauptens habe sich als wirksames Gegenmittel gegen das Streikfieber (!) erwiesen, wenn auch die Aussicht auf Befreiung der Stadt durch die Kantonesen erwarten lasse, daß die Wirkung nicht dauernd sein und daß es wahrscheinlich nach Befreiung der Stadt zu wilden Repräsentationen kommen werde.

Dem Schanghai-Korrespondenten der „Times“ zufolge hat der bisherige Verlauf des Streikes bewiesen, daß die kommunistische Organisation vorzüglich ist, sowohl in der Geschlossenheit der Aktion, die sich eher gegen Sunhsuanfang als gegen die Engländer richtete, als auch in der Schnelligkeit, mit der der Schlag fiel, und in der Herrschaft über die Massen.

*

London, 22. Februar.

Nach sechsen eingegangenen Meldungen aus Schanghai scheint der Kampf um die Stadt nunmehr in sein Endstadium getreten zu sein und ein Aufstand in Schanghai unmittelbar bevorzustehen. Gestern abend um 10 Uhr meuterte ein Teil der vor Schanghai liegenden chinesischen Kriegsschiffe, die unter der Befehlsgewalt des Generals Sun standen, und ging zu den Kantonstruppen über.

Die Schiffe begannen plötzlich die Stadt zu bombardieren. Die Küstengeschütze erwiderten das Feuer. Über den angerichteten Schaden ist noch nichts Näheres bekannt. Auch die Eingeborenen-Polizei in Schanghai beginnt bereits Sympathien für die Kantontregierung zu zeigen. Verschiedene Teile haben bereits gemeutert.

Die Meutereien sind die Folge des Terror-Regimes, das der Polizeichef Sun-Tshuan-Fang, Li, in der Abwesenheit des Generals eingeführt hat, und das sich nach den neuesten Meldungen immer schrecklicher darstellt. Durch die Straßen Schanghais zieht der Henker von zwei Soldaten begleitet, mit einem von roter Seide umhüllten riesigen Schwert in den Händen. Wo ein Student oder ein Arbeiter bei der Verteilung von Flugblättern getroffen wird, oder bei wem Flugblätter gefunden werden, wird er an Ort und Stelle hingerichtet. Die Köpfe der Hingerichteten baumeln buhrendweise an den Telegraphenstangen.

Trotzdem streifen bisher ungefähr 110 000 Arbeiter. Die Opposition gegen das Gewaltregime ist im Wachsen, wie es die Meuterei der Flotte zeigt, und Li kann sich im Augenblick nur noch auf einen Teil seiner Polizei stützen. Das alles geschieht, während die Kantonstruppen nur noch 130 Kilometer von der Stadt entfernt sind. General Sun wird heute in der Stadt erwartet, und nach seinen Erklärungen und den Versicherungen des Generalstabschefs Tshang Ho-Lins soll die Stadt bis zum äußersten mit Unterstützung der Muden-Truppen gehalten werden. Trotzdem zweifelt man, daß es den Nordtruppen gelingen wird, die Stadt zu halten. Man befürchtet für den Fall des Einmarsches der Kantonesen fürchterliche Mordtaten.

Der Kampf um den Reichswehretat

Gehler unter dem Trummelfeuer der Sozialdemokratie

Im Hauptauschuß des Reichstags wurde am Dienstag die Debatte über den Reichswehretat fortgesetzt. Am Vortage waren sämtliche Anträge der sozialdemokratischen Ausschußmitglieder von der bürgerlichen Einheitsfront (zu der meist auch die Demokraten gehörten) abgelehnt worden. Man richtete sich deshalb allseitig auf einen verärgerten Kampf der Opposition ein. Aber Gehlers Freunde wissen immer einen Ausweg.

Der Abg. Leber (Soz.) eröffnete die Schlacht bei dem Kapitel „Uebungen“. Er wies darauf hin, daß für ähnliche Zwecke Ausgaben über drei Kapitel verstreut seien, daß aus dem Etat nicht zu ersehen sei, wofür die insgesamt 25 Millionen verwendet würden. Als Vergleich müsse man die Ausgaben des alten preussischen Heeres heranziehen, das zu Uebungszwecken insgesamt etwa 12 Millionen brauchte. Der Ausschuß verlange eine genaue Aufstellung der Ausgaben, der Gesamtbetrag aber müsse unter allen Umständen gekürzt werden.

Als Antwort stellte der deutschnationale Abg. Schulz-Bromberg den Antrag, alle sozialdemokratischen Anträge auf Streichung einem Unterausschuß zu überweisen und damit aus der Debatte des Hauptauschusses herauszuziehen. Gegen den Protest der Linken wurde dieser Antrag angenommen.

Es folgte dann die Beratung des Kapitels „Bildungsweisen“. Der Abg. Moles (Soz.) befaßte sich bei dieser Gelegenheit mit den Selbstmorden in der Reichswehr. Wir haben im Jahre 1926: 90 Selbstmorde und 46 Selbstmordversuche gehabt. Wenn man außerdem betrachtet, daß 73 tödliche Unglücksfälle zu verzeichnen sind, so ergibt sich die Tatsache, daß im Berichtsjahre 1926 an Krankheit verstorben sind 109, eines unnatürlichen gewalttätigen Todes 163. Erst gestern sei dem Reichstag eine Statistik über Krankheits- und Todesfälle in den preussischen Strafanstalten überreicht worden. In dem Berichtsjahre 1924 seien in Preußen unter 473 351 Gefangenen nur 67 Selbstmorde zu verzeichnen, bei der Reichswehr von 100 000 Mann im Berichtsjahre 132, also doppelt so viel, trotzdem die Zahl der Gefangenen fünfmal so groß als die der Soldaten sei. Die Hälfte aller Selbstmorde seien in dem Berichtsjahre in den ersten Dienstjahren eingetreten, und das Alter von 18 bis 23 Jahre verzeichnete weit über die Hälfte aller Selbstmorde. Unter den Ursachen sei alles mögliche angegeben worden: dienstliche Behandlung aber nur in vier Fällen und auch bei diesen vier Fällen werde ausdrücklich erklärt, daß „vorchriftswidrige Behandlung der Vorgesetzten nicht vorzulegen habe“. Hier setzte das Mißtrauen der Sozialdemokratie ein. Insbesondere wenn man z. B. an bestimmte Bataillone denkt, so an das Jäger-Bataillon in Ulm, wo allein in der letzten Zeit 5 Selbstmorde eingetreten sind.

Abg. Rofes kam dann noch auf das Kapitel

Soldatenmishandlungen

zu sprechen, insbesondere auf die Zustände bei dem Reiterregiment in Ludwigslust und auf die Gerichtsverhandlung in Schwelm. Es sei Tatsache, daß der Schwadronschef sich um die fortgesetzte Mishandlung der Soldaten nicht gekümmert hat, und charakteristisch wäre, daß der Oberstabsarzt, der mehrere verwundete und mishandelte Soldaten in Behandlung bekam, keinerlei Schritte unternommen habe.

Vorgesetzte, die solche Zustände duldeten, müßten rüchlos aus der Reichswehr entfernt werden.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen kamen nochmals die Verbindungen der Reichswehr zu den Wehrverbänden zur Sprache. Abg. Schöpflin (Soz.) richtete außerdem die Anfrage an den Wehrminister, weshalb immer noch die Anrede „Ezelle“ üblich sei. Gehler erklärte, daß das durch den neuen Chef der Heeresleitung endgültig abgestellt sei. Am Schluß der Sitzung stellte Abg. Künzler noch den Antrag, Heeresaufträge nur unter der Bedingung zu vergeben, daß die beauftragten Firmen sich an den Achtstundentag halten und keine Ueberstunden arbeiten lassen. Dieser Antrag wird gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Volkspartei angenommen.

Rülz verzichtet

Berlin, 23. Februar (Radio)

Aus Dresden wird gemeldet, daß der frühere Reichsinnenminister Dr. Rülz an den sächsischen Ministerpräsidenten Heldt ein Schreiben gerichtet hat, in dem er bittet, mit Rücksicht auf den von der Landtagsfraktion der Aufwertungspartei gegen seine Ernennung zum sächsischen Minister des Innern erhobenen Einspruch von dieser Ernennung abzulehnen. Im übrigen betont Rülz nach den vorliegenden Meldungen, daß Rückfragen der politischen Selbstachtung es ihm verbieten, auf die Bedenken der Aufwertungspartei im gegenwärtigen Augenblick einzugehen. Er sei bis jetzt immer und mit besonderem Nachdruck für die Kleinrentner und Inflationsgeschädigten eingetreten.

Die faschistische Geuche im Balkan

Sofia, 21. Februar. (Eig. Bericht.)

Es zeigt sich immer mehr, daß die Regierung der Demokratischen Vereinigung aus Bulgarien ein zweites Italien machen will. Die faschistischen Organisationen „Rodra faschista“ („Heimatklub“) und „Kubrat“ (ein altbulgarischer Königsname) begünstigt und teilweise schon unterstützt von den Behörden und dem Militär, treiben ungehindert nach italienischem Vorbild ihr Unwesen im Lande. Ein unerhörter Gewaltakt spielte sich in diesen Tagen in der nord-bulgarischen Stadt Ferdinand ab, die von einer faschistischen Horde im Verein mit den dortigen Polizeioorganen in regelrechten Belagerungszustand gesetzt wurde. Am frühen Morgen drang das mit schwarzen Hemden und schwarzen Mützen bekleidete Gesindel, mit Militärgewehren bewaffnet, in Ferdinand ein, sperrte systematisch alle Straßen ab und verbot den zum Markte kommenden Bauern den Zutritt. Bei der dann erfolgten Durchsuchung der meisten Wohnungen wurden zahlreiche Einwohner, die offen ihre Empörung über den skandalösen Vorgang äußerten, in der schlimmsten Weise bedroht und mishandelt, ein gewisser Hodschoff wurde sogar fast zu Tode geprügelt. Nachdem die Bande ihren Mut und ihre Wut gekühlt hatte, verarmelte sich sich wieder, um den beteiligten Polizisten die überlassenen Gewehre wieder auszuhändigen.

In der Sobranje richtete der sozialistische Abgeordnete Panewski aus Ferdinand an den Innenminister Rapschewitz inwischen die Anfrage, was die Regierung gegen diese unerhörte neue Vergewaltigung der unglücklichen bulgarischen Bevölkerung zu unternehmen gedenke. Die Antwort steht noch aus. Aber auch über diesen Vorfall dürften die „verantwortlichen“ Faktoren schweigen.

Der Sieg von Dresden

Über den großen Erfolg, den die sächsischen Metallarbeiter durch die von uns gestern ausführlich wiedergegebene Dresdener Vereinbarung errungen haben, geht uns noch der folgende Bericht aus Sachsen selbst zu:

In der Vereinbarung ist scharf umrissen, unter welchen Voraussetzungen Ueberstunden bis 51 Stunden und Ueberstunden über 51 Stunden geleistet werden dürfen. Dabei ist festzuhalten, daß der Charakter der Ueberstunden nicht nur von den unbedingt erforderlichen Notwendigkeiten, die nachgewiesen werden müssen, abhängt, nicht nur von der technischen Unmöglichkeit, Neueinstellungen vorzunehmen, sondern auch von einem prozentualen Zuschlag, der für die ersten drei Stunden in der Woche 10 Prozent und dann ansteigend 25 bis 50 Prozent beträgt.

Damit ist nicht nur eine Garantie geschaffen gegen den Mißbrauch, den heute viele Unternehmer aus purer Bequemlichkeit mit der Anordnung von Ueberstunden treiben, es ist auch sozusagen nach außen hin der Charakter der Ueberstunden kenntlich gemacht und da für die Leistung von Ueberstunden ein nicht unerheblicher Zuschlag bezahlt werden muß, besteht also für die Unternehmer ein gewisser Anreiz, Ueberstunden nach Möglichkeit zu vermeiden. Dieser Anreiz ist um so größer, weil nach aller Erfahrung bei verlängerter Arbeitszeit die Leistung zurückgeht. Ist also das materielle Ergebnis des Kampfes in der sächsischen Metallindustrie erfreulich und durchaus befriedigend, so ist das Ergebnis in seiner symptomatischen und moralischen Auswirkung noch viel höher einzuschätzen.

Um zu einer richtigen Einschätzung des Ergebnisses zu kommen, muß man sich die Entstehung des Kampfes um den Achtstundentag vor Augen führen. In Deutschland ist der Achtstundentag abgelehnt worden nach dem Zusammenbruch der Währung Ende 1923. Damals vertrat die Unternehmer den Standpunkt, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse eine Aufrechterhaltung des Achtstundentages, des „schematischen“ Achtstundentages nicht gestatteten. Diese Behauptung war angesichts der ungeheuren Arbeitslosigkeit, die damals herrschte, zum mindesten sehr gewagt. Richtig war, daß infolge der kurzfristigen wirtschaftlichen Politik der Unternehmer, die während der Inflation nur auf eine Anhäufung von Sachwerten bedacht war, die deutsche Industrie technisch außerordentlich in Rückstand gekommen war.

Die wirtschaftliche Umstellung, die sogenannte Rationalisierung, war zu einer gebieterischen Notwendigkeit geworden. Die Unternehmer versuchten aber, dieser Notwendigkeit auszuweichen, indem sie, nachdem die Stabilisierung der Währung der deutschen Erzeugnisse im Auslande zu Dumpingpreisen unmöglich gemacht hatte, den technischen Vorrang des Auslandes durch die Verlängerung der Arbeitszeit weitzumachen suchten. Dieser Versuch mißlang. Die deutsche Industrie war gezwungen, zur Rationalisierung überzugehen. Diese Rationalisierung hatte u. a. zur Folge, daß die Produktivität der deutschen Industrie insgesamt, wie die Leistung des Arbeiters im einzelnen außerordentlich gesteigert wurde. Infolge der Inflation waren die Löhne der deutschen Arbeiterklasse so heruntergekommen, daß die Gewerkschaften zunächst alle Kräfte daransetzten, um diese Löhne wieder auf ein erträgliches Maß heraufzubringen. Dadurch war der Kampf um die Arbeitszeit notwendig in den Hintergrund getreten.

Als vor etwa Jahresfrist die Rationalisierung in einzelnen Industrien soweit fortgeschritten war, daß ihre Auswirkungen sichtbar zu werden begannen und vor allem in einer schnell anwachsenden Arbeitslosigkeit sich Geltung verschafften, da setzte der Gewerkschaftskampf um die Wiederherstellung des Achtstundentages wieder ein. Dieser Kampf stieß jedoch auf außerordentliche Schwierigkeiten. Einerseits waren die Löhne immer noch so niedrig, daß für die Arbeiterschaft der natürliche Anreiz bestand, durch Leistung von Ueberstunden ihre Löhne zu erhöhen. Dazu kam der Druck der ungeheuren Arbeitslosigkeit, die die Arbeiterschaft fürchten ließ, daß sie bei Verweigerung der Leistung von Ueberstunden entlassen werden könnte. Diese Umstände haben den Unternehmern ihre kurzfristige Machtpolitik außerordentlich erleichtert.

Die Schlichtungsinstanzen unter Leitung des Reichsarbeitsministeriums waren dieser Machtpolitik entgegengekommen oder hatten sich ihr gebeugt, so daß Schiedssprüche gefällt wurden, die den Achtstundentag immer mehr zu einem toten Buchstaben werden ließen. Immer mehr hatten es die Unternehmer ganz allein in ihrer Hand, den Neunstundentag, ja selbst den Zehnstundentag und wie in der Braunkohlenindustrie, die Zwölfstundentag anzunehmen, ohne daß die Arbeiterschaft irgendein Machtmittel in der Hand gehabt hätte, dagegen wirksamen Einspruch zu erheben. Diese Schiedssprüche wurden für verbindlich erklärt, wodurch den Gewerk-

schaffen die regelrechte Führung des Kampfes unmöglich gemacht wurde. Hier ist zu bemerken, daß die Unternehmer, wenn sie einen für verbindlich erklärten Schiedspruch nicht anerkennen wollen, es viel leichter haben, sich dagegen zu wehren. Der Arbeiter kann dann wohl im einzelnen bis zum Reichsgericht Klage führen, die Gewerkschaften als solche haben jedoch juristisch kein Mittel in der Hand, die kollektiven Ansprüche der Arbeiterschaft gegen die Unternehmerorganisation zu verteidigen. Diese juristische Ungleichheit, die zwar nicht formal, aber tatsächlich besteht, mußte zu einer unerträglichen Spannung führen.

Die Unternehmer haben mit Hilfe des Reichsarbeitsministeriums schließlich den Bogen überspannt. An der Spitze der Unternehmer steht wieder, wie so oft, der Gesamtverband der Metallindustrie Deutschlands. Dieser Stoßtrupp der Unternehmer versuchte, den Kampf in Leipzig, der zunächst nur durchaus lokale Bedeutung hatte, zu einem großen Machtkampf, zu einer großen Entscheidungsschlacht um den Achtstundentag auszudehnen. Der Gesamtverband der Metallindustriellen Deutschlands war es, der den sächsischen Metallindustriellen jenen für die Unternehmer verhängnisvollen Ausperrungsbeschluß aufdrängte, der nunmehr zu einer Niederlage für die Unternehmer geführt hat. Die Situation in der sächsischen Metallindustrie ist für die Unternehmer gegenwärtig zur Führung eines Kampfes durchaus nicht günstig. Die Unternehmer haben genaue Lieferfristen einzuhalten. Es kommt hinzu, daß wir vor der Leipziger Frühjahrsmesse stehen. Wenn die Unternehmer nicht rechtzeitig ihre Lieferungen für die Frühjahrsmesse einhalten können, und selbst nicht mit ihren eigenen Fabrikaten, die da zur Ausstellung gelangen sollen, rechtzeitig fertig werden, so würde das eine ungeheure wirtschaftliche Schädigung bedeuten, die zu ertragen die meisten Unternehmer aber nicht imstande wären.

Diese Umstände wurden noch verstärkt durch den ungeheuren Druck der Mehrleistung, der infolge der außerordentlichen Arbeitslosigkeit besteht. 2 1/2 Millionen Arbeitslose fallen der Öffentlichkeit zur Last und warten vergebens auf Arbeit. Angesichts dieser Katastrophe auf Ueberstunden zu bestehen und einen Machtkampf für die Leistung von Ueberstunden herbeizuführen, war eine moralische Unmöglichkeit. Nur die brutale Kurzsichtigkeit der Metallindustriellen konnte einen solchen Machtkampf heraufbeschwören. Dieser Machtkampf ist nun zugunsten der Unternehmer entschieden worden. Die deutsche Arbeiterklasse wie die deutschen Unternehmer haben daraus ihre Lehren zu ziehen. Es geht heute nicht mehr anders, als mit der Anerkennung des Achtstundentages, und zwar nicht nur mit einem Lippenbekenntnis, mit einer Anerkennung, die auf dem Papier steht, sondern mit der tatsächlichen und praktischen Wiederherstellung des Achtstundentages. Die erste Schlacht um den Achtstundentag ist gewonnen. Es ist nicht die letzte. Die Arbeiterschaft hat alle Kräfte, die sie hat, zu sammeln, um auch den Endkampf um den Achtstundentag zu gewinnen.

Arbeitskämpfe auf dem Balkan

Eine deutsche Firma provoziert.

Am Dienstag voriger Woche kam es in Saloniki zu ersten Zusammenstößen zwischen Arbeitlosen und der bewaffneten Macht. Leis im Zusammenhang mit der allgemeinen Wirtschaftskrise in Griechenland, teils als Folge der Verdrängung der griechischen Tabake aus Europa durch die billigeren bulgarischen Erzeugnisse, teils infolge einer geringeren Tabakernte steht es seit vielen Monaten mit dem in Mazedonien sehr weitläufigen Tabakgewerbe recht flau. In Saloniki ist von 5000 Tabakarbeitern über die Hälfte arbeitslos. Aber damit nicht genug, bewachten die Tabakfabrikanten und -händler die Lage, um die Löhne zu drücken und sich der unbekannteren Arbeiter zu entledigen, indem sie bei dem Wiederaufleben des Geschäftes in die Läden an den Arbeitsplätzen ungelernete Arbeiter einschleusen, die in ein bis zwei Monaten angelehrt werden. Hatte das schon lange Erbitterung unter den Arbeitlosen erregt, so führte der Versuch der Firma Hermann Sperer, ihre Betriebsverhältnisse durch Entlassung loszuerlösen, zu den Krawallen. Ein Haufe Arbeitloser drang in die Räume der Firma ein. Die herbeigeholte Gendarmerie machte von der Waffe Gebrauch und ein an der Kundgebung nicht beteiligter Arbeiter wurde erschossen. Auch bei den sich anschließenden Straßendemonstrationen schoß die Gendarmerie, ohne allerdings Opfer zu verursachen.

Das Verhängnisvolle des erschossenen Arbeiters fand unter einem Massenaufruf von Arbeitern und unter dem Aufgebot von Infanterie und Kavallerie statt. Daß die Regierung dem Vorfall nicht auf die leichte Achsel nimmt, zeigt die Besprechung in der Kammer, bei der der Minister des Innern, Halboris, feststellte, daß in der Tat in Saloniki der Klassenkampf zwischen Unternehmern und Arbeitern herrsche.

Das Arbeitszeitgesetz

Die Sozialdemokratie macht Dampf köhnter

Die außerordentlichen Verhältnisse, als ob mit der Errichtung des Bürgerklubs zugleich eine Art sozialer Frühling ins Land käme, werden durch nichts mehr Lügen gestrichelt, als durch die geradezu groteske Unfähigkeit, das Arbeitszeit-Gesetz endgültig fertigzustellen. Man berät und berät.

Diesem Zustand machte die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages am Dienstag ein jähes Ende. Abg. Müller-Franke (Soz.) forderte zum Schluß der Dienstagssitzung den sozialdemokratischen, auf Grund von Vereinbarungen samstäglicher Gewerkschaften angearbeiteten Antrag über ein Arbeitszeit-Gesetz am Mittwoch auf die Tagesordnung des Reichstages zu setzen. Die Regierungsparteien, erklärte Abg. Müller-Franke (Soz.) konnten sich allem Anschein nach über den von der Regierung angearbeiteten Katalogentwurf nicht einigen. Man müsse also damit rechnen, daß bis zur Beratung des Regierungsentwurfes noch recht viel Zeit verstreicht.

Im Anschluß an diese Erklärung berichte ich der Reichsarbeitsminister mitteilen, daß der Regierungsentwurf über das Arbeitszeit-Gesetz am Mittwoch dem Reichstag zugehen werde. Es geht jedoch, daß diese Erklärung ohne den Vorzug des Abgeordneten Müller-Franke nicht abgegeben werden würde und eine Beratung des Arbeitszeitgesetzes noch lange auf sich hätte warten lassen. Endgültig fertig ist dieses Gesetz auch jetzt noch nicht.

Die Justiz vor dem Richterstuhl des Reichstags

Hergt stellt sich vor / Genosse Levy als Ankläger

Der Reichstag beendet am Dienstag die zweite Beratung des Reichshaushalts für Versorgung und Ruhegehälter.

Während die übrigen bürgerlichen Parteien sich in Schweigen hüllten, donnerte der bairische Volksparteiler Lohbl fast eine Stunde gegen den sozialdemokratischen Abgeordneten Hoffmann. Er behauptete, daß die Mehrzahl der verabschiedeten Offiziere in großem Glanz lebe. Die Generale hätten eine so lange ehrenvolle Militärlaufbahn hinter sich, daß die Höhe ihrer Pensionen durchaus berechtigt sei. — Der sozialdemokratische Antrag, der von der Reichsregierung bis zur dritten Lesung des Haushaltsplanes eine Verbesserung der Versorgungsgesetze und die Erhöhung der Mittel für Kriegsbeschädigtenrenten um 150 Millionen Mark verlangt, wird dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Bei der Beratung des Haushalts des Reichspräsidenten gab es einen stürmischen Auftritt, weil der Kommunist Hergt seinen Antrag auf Streichung des Gehalts mit der Behauptung verband, der Name Hindenburg sei kennzeichnend für die Zeit höchster Schmach, die das deutsche Volk durchgemacht hat. Reichsjustizminister Hergt geriet in große Aufregung und wies die Bemerkung des Kommunisten mit schreiender Stimme im Namen der Reichsregierung zurück. Der Haushalt des Reichspräsidenten wird dann verabschiedet. — Eine große Aussprache folgte bei der zweiten Beratung des Reichshaushalts der Justiz ein. Die einleitende Rede hielt der

Reichsjustizminister Hergt

Er geht auf die im Ausschuß vielbesprochene Vertrauenskrise der Justiz ein und erklärt dazu: Die Vertrauenskrise wird vielfach überschätzt und als eine ganz besondere deutsche Eigentümlichkeit betrachtet. Diese Entwicklung sei eine Folge der sozialen, der staatlichen und wirtschaftlichen Umwälzungen, in denen wir leben, sie wirken auch auf den Richterstand ein. Die deutschen Richter hätten sich nicht wie manche andere Leute von heute auf morgen umstellen können und das gereiche ihnen nicht zur Unehre. In einzelnen, vielleicht zahlreichen Fällen sei die richterliche Erledigung nicht befriedigend gewesen und habe Unzufriedenheit erzeugt. Die Reichsregierung gehe diesen Fällen nach. Das wichtigste, was das Reichsjustizministerium zur Beseitigung der Vertrauenskrise tun könne, sei seine harte Arbeit. Man solle diese einzelnen Fälle aber auch nicht überschätzen. Wo leidenschaftliche Hege und Uebertriebung festzustellen sei, müsse das Justizministerium sich der Richter annehmen. Es seien doch in den letzten Jahren immer wieder dieselben Fälle vorgebracht worden. (Zuruf links: Wir haben immer wieder neue Fälle vorgebracht!) Gegen diese fünfjährige Vertrauenskrise wende ich mich, da stelle ich mich schützend vor die Richter. Vor allem müsse die Unabhängigkeit und Selbstständigkeit der Richter gewahrt werden, das sei in einem demokratischen Verfassungsstaat besonders notwendig. Die Deutsche Republik müsse doch stark genug sein, um die Unabhängigkeit der Richter zu ertragen, und die Regierung werde sie mit allen Mitteln schützen. (Bravo! rechts.) Die gegen Staatssekretär Dr. Joel gerichteten Angriffe, daß er die Klassenjustiz in die Rechtspflege hineingetragen habe, seien unbegründet, es müsse der Tätigkeit Dr. Joels ganz besondere Anerkennung gesollt werden.

Nach Mitteilung des Reichsgerichts seien dort innerhalb eines Jahres 723 Fälle gegen Mitglieder der kommunistischen Partei anhängig gemacht worden, aber nur in 44 Fällen sei Anklage wegen Hochverrats erhoben, alle anderen seien durch Einstellung des Verfahrens usw. erledigt worden. Auch das zeige, daß die Angriffe gegen die deutsche Justiz nicht begründet seien. Das ganze Volk habe ein Interesse daran, daß das Vertrauen zur deutschen Rechtspflege wiederhergestellt werde. Die unbedingte Verhaftungsszene des deutschen Richterstandes stehe fest.

Wen der „Vorwärts“ mitteilte, daß jetzt ein Kommunist wegen Beleidigung des Reichsjustizministers zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt wurde, während ein Soldat wegen Beleidigung des Reichsjustizministers freigesprochen worden sei, so könne man doch daraus auch entnehmen, daß jetzt schon ein anderer Geist bei den deutschen Richtern herrsche. (Sturm. Widerspruch links.)

Es müsse dafür gesorgt werden, daß die Politik von der Justiz ferngehalten werde. Die Beschäftigung der Presse mit der Rechtspflege sei gut und notwendig, aber leider habe die Sensationsberichterstattung in der Presse zugenommen. (Zuruf links: „Lokal-Anzeiger“!)

Der Justizminister erklärt weiter, daß auch die deutsche Anwaltschaft eine wichtige Aufgabe bei der Wiederherstellung des Vertrauens zur deutschen Justiz zu erfüllen habe. In vielen frühesten Fällen sei das Recht, die Gesetzgebung selbst schuld, die nicht behubar genug sei. Eine besondere Aufgabe der kommenden Strafgesetzkodifikation sei es, die Gesetzgebung den veränderten Zeitverhältnissen anzupassen und dabei auch an den Zusammenhang mit den deutschen Brüdern in Österreich gedacht werden. (Bravo rechts.)

Abg. Dr. Levy (Soz.)

Der Minister hat hier eine sehr warmherzige Rede gehalten, die sich ganz gut für einen Leitartikel des „Lokal-Anzeiger“ eignen würde. Aber mit allen seinen Ausführungen ist er doch an den eckigsten Stellen vorbeigegangen. Besonders bezeichnend ist es, wie er vom Anwaltsstand gesprochen hat. Er hat gesagt, daß der Anwalt „auch ein Organ der Rechtspflege“ sei. Bei dem Reichsgericht merkt man noch nichts davon, daß die Anwälte als gleichberechtigtes Organ anerkannt werden, dort werden sie eben „auch“ nur als Organ der Rechtspflege behandelt. Keinem Anwalt ist es gestattet, ohne Zeugen den Angeklagten zu sprechen. Dort wird die Praxis geübt,

daß ein Justizwachmeister oder ein unterer Beamter neben dem Anwalt sitzt und Notizen über dessen Gespräch mit dem Angeklagten macht. (Hört! Hört! h. n. Soz.)

Anwärtig ist es auch, daß ein Anwalt mit Polizeigewalt aus dem Sitzungssaal entfernt wird.

Es ist ohne weiteres anzugeben, daß auf dem Gebiete der Landesjustiz eine gewisse Besserung eingetreten ist. Es besteht aber noch in vielen Kreisen des Richterstandes das Uebel, daß eine gewisse Uebersteigerung der richterlichen Befugnisse ein-

tritt. Bei Freisprechungen werden Begründungen beigegeben, die eine moralische Verurteilung des Angeklagten in sich schließen. Der Redner erkennt an, daß im Falle Haas die Preussische Justiz für Abhilfe gesorgt hat und daß auch in anderen Ländern, wie z. B. in Hamburg, alles geheiße, um das Mißtrauen gegen die Justiz zu beseitigen. Nur bei einem Gericht, und zwar bei dem Gericht, das unmittelbar der Reichsjustizverwaltung untersteht, haben sich die Dinge seit dem vorigen Jahre um nichts gebessert, sie haben sich sogar noch verschlechtert. In die Berufung des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simons sind besondere Hoffnungen geknüpft worden. Leider ist das nicht der erste Fall, daß ein Mann, der in ein Amt berufen wird, dort ein anderes Bekenntnis abgelegt hat, als er es vorher hatte.

Dr. Simons hat in seiner Münchener Rede den Sozialdemokraten die Qualifikation zum Richter abgeprochen.

(Zuruf rechts: er hat das widerrufen!) Nach den Berichten vieler großer Zeitungen kann an dieser Rede kein Zweifel bestehen. Zweifel sind höchstens an dem Dementi gestattet. Im übrigen besteht ja nicht die Gefahr, daß viele Sozialdemokraten zu Richtern berufen werden. Mit dem Senatspräsidenten Niedner vom Reichsgericht haben wir uns bisher bei jeder Debatte beschäftigt. Die Denkschrift, die kürzlich in einer Zeitschrift veröffentlicht worden ist, bedeutet für diesen Mann eine moralische Ohrfeige. Ein großer Teil dieses Hauses hat deshalb für die Aufhebung des Staatsgerichtshofes gestimmt, weil dessen Praxis das deutsche Rechtsansehen mehr geschädigt hat als irgendetwas, das sonst in Deutschland geschehen ist. Durch die Schuld des Reichsgerichtspräsidenten ist dann der ganze Komplex, den früher der Staatsgerichtshof bearbeitet hatte, dem Senat des Herrn Niedner übergeben worden und dort haben jetzt die gleichen Leute, die früher diese Dinge abgeurteilt haben. Es handelt sich dabei vor allem um die Frage des Landesverrats. Die Auslegung, die der Landesverratsparagraf des Strafgesetzbuches gefunden hat, hat uns jetzt Veranlassung gegeben, einen Antrag zu stellen, der die Regelung der kommenden Strafgesetzkodifikation vorwegnimmt.

Früher ist bei Hochverratsunternehmungen die präzisere kontrollierte Darstellung verlangt worden. Diese Voraussetzung fällt jetzt bei den Prozessen, die gegen Kommunisten veranfaßt werden, fort. Ueber die Feststellung konkreter Tatsachen kommt das Reichsgericht hinweg mit einem Formular. In jedem Urteil steht der Satz, die kommunistische Partei, das sei gerichtlich bekannt, bereite den Bürgerkrieg mit allen Mitteln vor. Wann hat sich das Reichsgericht dieses Urteil über die KPD. gebildet? (Abg. Rosenfeld (Komm.) ruft: Im Frühjahr 1921!) Vielleicht konnte damals noch das Reichsgericht zu diesem Urteil kommen. Aber das möchte doch auch ein Senat des Reichsgerichts heute wissen, daß sich die tatsächlichen Verhältnisse seit 1923 in der kommunistischen Partei gewaltig geändert haben. Nun sagt der Reichsjustizminister: Aber in der „Roten Fahne“ hat das noch nicht gestanden. Der Minister will also den Umfall bei anderen Parteien feststellen. Aber aus seiner Praxis muß ihm doch bekannt sein, daß sich solche Umfälle durch die Tat vollziehen und nicht durch Reden. (Stürmische Heiterkeit.) Auf Grund dieser völlig unhaltbaren Voraussetzungen kommt das Reichsgericht zu Feststellungen, die für das normale Rechtsgefühl untragbar sind.

Jeder kommunistische Funktionär, der für seine Partei wirkt, wird wegen der Teilnahme an einem hochverräterischen Unternehmen verurteilt. Ich erwarte jetzt nur noch das eine, daß ein Kommunist ins Zuchthaus kommt, wenn er Kinder erzeugt in dem Gedanken, der Roten Armee neue Soldaten zuzuführen.

Auch die Spruchpraxis des Reichsgerichts gegen die Presse fordert zu schärfster Kritik heraus. Es kann nicht gelugnet werden, daß die Presse in Fragen der Justiz wachsende Bedeutung gewinnt. Ich erinnere an die Fälle Fehrenbach, Wandt, Haas, wo durch die Presse Unrecht gutgemacht oder Unheil verhütet worden ist. Aber es scheint, als ob die Justiz die Presse als höchste Instanz nicht anerkennen will, als ob vielen Richtern diese Mitarbeit der Presse höchst unangenehm ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Sozialdemokratie hat sich nun veranlaßt gesehen einen

Antrag auf Wiederherstellung der Schwurgerichte

in ihrer alten Form einzubringen. Wir wissen, daß auch die alten Schwurgerichte manches Urteil gefällt haben, das falsch war. Gerade in der Geschichte unserer Partei sind viele und schwere Fehlurteile auch durch die alten Schwurgerichte gefällt worden. (Sehr richtig! bei den Soz.) Aber diese alten Schwurgerichte waren doch getragen von dem Vertrauen weiter Kreise des Volkes und schon aus diesem Grunde haben wir es als ein Verhängnis betrachtet, daß sie beseitigt worden sind. Das ist in einer Form geschehen, die nicht anders als ein Mißbrauch des Ermächtigungsgesetzes bezeichnet werden kann.

Die Beseitigung der alten Schwurgerichte war keine Erparnismaßnahme, sondern ein langgehefter Wunsch der Bureaucratie.

Die verhängnisvolle Wirkung hat sich in dem Prozeß Marschner klar gezeigt. Es hat sich zwar herausgestellt, daß der sogenannte Laie in juristischen Dingen unerfahren ist und er vielleicht Berufung und Revision miteinander verwechselt. Dafür hat er aber in anderen Dingen ein viel gesünderes Urteil als der Berufsrichter. In den alten Schwurgerichten war vorgelegen, daß der Urteilsfall eine juristische Befragung durch den Vorsitzenden in öffentlicher Sitzung vorausging. Der Landesgerichtsdirektor Marschner hat aber in einer dreistündigen Beratung im geschlossenen Zimmer den Schöffen nicht ein Wort der Befragung gesagt.

Der Redner erklärte zum Schluß: Wir werden nunmehr ein weiteres Jahr abwarten, was dann aus der deutschen Justiz geworden ist. Hier im Reichstag können wir uns ja in Gebuld üben, aber ich fürchte die Hunderte, die vielen Tausende, über die die Maschine der Justiz weiter hinweggeht, sie werden andere Geduld nicht teilen und nicht verstehen. Wir verlangen, daß die deutsche Justiz endlich so gestaltet wird, daß diese namenlosen Leiden beseitigt werden. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Um 6 1/2 Uhr verläßt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 3 Uhr.

Deutsche Gerechtigkeit!

Zwei Monate Gefängnis für einen Zeitungsartikel

Das Schöffengericht Offen verurteilte den verantwortlichen Redakteur des kommunistischen „Ruh-Echo“ wegen Beleidigung des Reichsjustizministers Marx zu fünf Monaten Gefängnis. Die Beleidigung wurde in einem Artikel des „Ruh-Echo“ erklärt, der im Anhang an einen Brief des Reichsjustizministers an Herr z. J. erschienen war und die Behauptung, Kaiserlicher Schwindler, trug. In der Artikelbegleitung führte der Verfasser aus, daß der Artikel den obersten Beamten der Reichsregierung in der Person

Marx beleidigt und damit die republikanische Staatsverfassung in der Öffentlichkeit herabgewürdigt und beschimpft habe.

Als Herr Marx als Reichsjustizminister in der niederträchtigsten Weise von rechtsstehenden Behörden verleumdet, der Korruption beschuldigt und beschimpft wurde, fand er zu wenig gerichtlichen Schutz, daß er von der Reichstagstribüne herab erklärte, er werde keinen Strafantrag mehr stellen, da er keinen Schutz finde.

Aber ein Kommunist, das ist etwas anderes als ein Soldat. Zwei Monate Gefängnis!

Wie war es in Stettin?

Befindungen von Hafenarbeitern über die Sowjet-Granaten

Genosse Franz Künstler, dessen Unterredung mit deutschen Arbeitern aus der Giftgasfabrik in Troz großes Aufsehen erregte, hat nun auch mit Stettiner Hafenarbeitern gesprochen, die über die Lösung der russischen Munitionsendung aus eigenen Beobachtungen Bescheid wissen. Er schildert im Folgenden sein Gespräch mit einem Funktionär der Stettiner Hafenarbeiter:

Frage: Wie habt Ihr zuerst von den Munitionstransporten aus Rußland erfahren?

Antwort: Im Oktober 1926 hörten wir, daß in Cavelwisch, an der Einmündung des Dammischen Sees in die Oder, zwei Schiffe ausgeladen würden von Arbeitern, die gegen das Arbeitsregulativ der Hafenarbeiter verstoßen.

Frage: Was ist das für ein Arbeitsregulativ?

Antwort: Wir haben als Hafenarbeiter den Achtstundentag, darum empörte es uns, daß beim Ausladen der Schiffe in Cavelwisch Ueberstunden gemacht würden. Wir hörten auch, daß die Arbeiter seit drei Wochen auf den Schiffen einquartiert waren und täglich 40 Mk. verdienten.

Frage: Wie hoch ist denn sonst Euer Arbeitsverdienst?

Antwort: Der Tariflohn beträgt 7,50 Mk. bezw. 7,95 Mark pro Tag und kann durch Ueberstunden normalerweise höchstens auf 15 Mk. gesteigert werden. 40 Mk. täglich ist ganz ungeheuer. Zahlreiche Kollegen sind arbeitslos, und diese Arbeiter in Cavelwisch haben in drei Wochen 400 bis 500 Mark verdient.

Frage: Griff Euer Betriebsrat nicht ein?

Antwort: Doch, der Betriebsrat erkundigte sich bei dem Stauer Hippler, Krautmarkt 7. (Stauer ist eine Art Zwischenmeister. Der Verf.) Hippler besorgte als Stauer für die Firma Haug u. Schmidt das Ausladen der Granaten. Hippler antwortete, daß das Regierungsverbot sei und daß er sich weigern müsse.

Frage: Hat sich Euer Betriebsrat dabei beruhigt?

Antwort: Nein! Am 2. Oktober beschloß der Betriebsrat, nachzuforschen, was in Cavelwisch los sei. Der Kommunist Holz vom Roten Frontkämpferbund, ein Mitglied des Betriebsrates, sagte in dieser Sitzung: „Ich weiß schon, was im Hafen los ist.“

Frage: Waren noch andere Kommunisten bei dieser Betriebsratsitzung anwesend?

Antwort: Ja; es waren anwesend Holz vom Roten Frontkämpferbund und die Kommunisten Lübke und Schwelenthin.

Frage: Und was war das Ergebnis der Nachforschungen in Cavelwisch?

Antwort: Der Kollege Franz Lübke, einer der kommunistischen Betriebsräte, erzählte jedem, der es wissen wollte, er habe in Cavelwisch zwei Dampfer liegen sehen mit einer Reichswehrwache in Uniform an Bord, die keinen Unbefugten herausließ. Auch hätte er einen Leichter mit Rosten und Säcken und einem Reichswehrsoldaten an Bord Stromaufwärts in der Richtung nach Stettin fahren sehen. Aber in der kommunistischen „Volkswacht“ hat Lübke nichts darüber geschrieben.

Frage: Ist Lübke auf dem Dampfer gewesen?

Antwort: Nein, er sagte, man habe ihn nicht hinaufgelassen.

Frage: Was geschah weiter?

Antwort: Am Sonntag, dem 17. Oktober, war unsere Monatsversammlung. Da wurde eingehend über Cavelwisch gesprochen. Die Kollegen waren empört über die Verhältnisse gegen das Arbeitsregulativ, wo so viele Arbeitslose im Hafen waren. Es wurde ein Beschluß gefaßt, die fünf Verbandskollegen, die in Cavelwisch gearbeitet hatten, zur nächsten Betriebsratsitzung zu laden. Sie sollten Rechenschaft ablegen, ob nach dem Arbeitsregulativ gelöhnt worden sei.

Frage: Was haben die Leute ausgefragt?

Antwort: Gar nichts; denn der Obmann des Betriebsrats, der Kommunist Schwelenthin, hintertrieb die Ladung der fünf Verbandskollegen. Er wußte, warum.

Frage: Wo ist die Munition hingekommen?

Antwort: Sie ist nach Stettin geschafft worden und dann in Güterwagen verladen worden. Die Eisenbahnwagen hatten Laufzettel nach dem Sennelager und anderen Orten.

Nach dieser Unterredung, so fährt Genosse Künstler fort, habe ich es mir nicht nehmen lassen, nunmehr auch mit einem der Arbeiter zu sprechen, die das Ausladen besorgt haben.

Frage: Wie war euer Lohn beim Ausladen der Munition in Cavelwisch?

Antwort: Der Lohn betrug 40 Mark täglich. Wir waren während des Ausladens auf den Schiffen einquartiert.

Frage: Was habt ihr ausgeladen?

Antwort: Der „Artushof“ war nicht voll geladen. Er hat 2000 Tonnen Laderaum und wir haben zwei Ladungen von je 250 Tonnen Granaten vom Kaliber 7,7 Zentimeter auf den Segler „John Brinkmann“ umgeladen, der nach Kiel ging. Eine solche Granate wiegt etwa 15 Pfund. (Das waren also etwa 66 000 Granaten allein für Kiel! Anmerkung der Redaktion.)

Frage: Wieviel Granaten wurden in Stettin ausgeladen?

Antwort: Etwa 3000 Tonnen Artilleriemunition (also mindestens 350 000 Granaten! Anmerkung der Redaktion.)

Frage: Habt ihr erfahren, wo die Munition hingekommen ist?

Antwort: Die Granaten wurden mit Zündern, Kartuschen und Röhrenpulver in Kisten und Säcken auf Röhre und Leichter geladen, die dann zum „Schwarzen Meer“ an der Silberwiese am Stettiner Hafen gefahren sind.

Frage: Woran saht ihr denn, daß es Granaten waren?

Antwort: Wir haben Bruch gemacht, wie das so üblich ist. Die Geheimnisträumerei kam uns so lächerlich vor. Man sagte uns, das wäre Kündelstein, aber es waren Granaten. Na, die sind ja auch rund.

Frage: Was habt ihr euch dabei gedacht?

Antwort: Na, daß das sicher eine Sache ist, die das Licht zu scheuen hat.

Frage: Wie war das Ausladen organisiert?

Antwort: In jedem Gang fünf Mann, zwei Gänge täglich.

Frage: Welche Firma besorgte das Ausladen?

Antwort: Die Firma Haug u. Schmidt, die dabei ein Riesengeld verdiente.

Frage: Wo ist die genaue Stelle, an der ihr den „Artushof“ ausgeladen habt?

Antwort: Der „Artushof“ lag am 25. September 1926 am Bollwerk 21 der Reederei der Stettiner Dampfschiffpagnie. Das ist die Reederei, der der „Artushof“ gehört.

Frage: Habt ihr festgestellt, woher die Dampfer kamen?

Antwort: Natürlich haben wir uns sehr dafür interessiert, aus welchem Hafen die Ladung stammte. „Artushof“ kam direkt von Veningrad.

Frage: Woher wißt ihr das?

Antwort: Von den Seeleuten, die uns das erzählten haben.

Frage: Ist das auch richtig?

Antwort: Ja, alle Seeleute des „Artushof“ haben uns das erzählt. Wir haben doch wochenlang auf dem Schiff geschlafen und waren immerzu mit den Seeleuten zusammen. Wenn man so lange zusammen ist, erfährt man doch, wo die Schiffe herkommen.

Frage: War die kommunistische Hafenzelle von der Sache informiert?

Antwort: Ja, der kommunistische Betriebsrat Lübke hat doch vor dem Dampfer gestanden; schließlich wurde allgemein am Hafen davon gesprochen.

Frage: Sind diese „Kommunisten“ noch bei ihrer Partei geblieben, obwohl sie doch den schändlichen Verrat aus allernächster Nähe beobachtet haben?

Antwort: Ja, sie wollen eben Betriebsräte bleiben. Soweit die Mitteilungen des Gen. Künstler. Man möge die „Rote Fahne“ im Chor mit der „Bommerscher Tagespost“ weiter hinausprechen, daß alles nur Schwärzerei sei!

Wachsender Einfuhrüberschuß

Der deutsche Außenhandel zeigt im Januar eine weitere Erhöhung der Einfuhr und gleichzeitig eine weitere Abschwächung der Ausfuhr. Im Vergleich zu dem Vormonat und zum Monat Januar 1926 ist folgende Entwicklung eingetreten:

	Jan. 1926	Dez. 1926	Jan. 1927
(in Millionen Reichsmark)			
Einfuhr			
Insgesamt:	733,4	1 140,3	1 153,9
Davon sind:			
Lebende Tiere	5,0	13,7	14,4
Lebensmittel und Getränke	224,4	348,3	363,6
Rohstoffe und Halbfertigwaren	378,2	557,4	564,8
Fertigwaren	99,7	141,0	150,9
Ausfuhr			
Insgesamt:	801,5	834,5	800,1
Davon sind:			
Lebende Tiere	1,0	0,8	0,6
Lebensmittel und Getränke	66,2	52,7	35,9
Rohstoffe und Halbfertigwaren	150,2	213,9	199,0
Fertigwaren	568,3	565,0	562,9

Im reinen Warenverkehr (wobei die Ein- und Ausfuhr von Gold und Silber unberücksichtigt bleibt) erhöht sich also der Einfuhrüberschuß von 228 Millionen im Monat Dezember auf 295 Millionen Reichsmark.

Die Steigerung in der Einfuhr an Lebensmitteln und Getränken ist vor allen Dingen auf den vermehrten Import an Kaffee (um 27,7 Millionen Mark) und Kakao (um 9,3 Millionen Mark) zurückzuführen. Die Mehrereinfuhr beruht aber zum größten Teil auf der terminkünftigen Abrechnung im Reiseverkehr. Tatsächliche Zunahmen zeigen dagegen die Einfuhren an Fischen und Meeresfrüchten. Zurückgegangen ist der Import an Reis, Obst, Butter und Süßwaren.

Die Weizeneinfuhr beträgt nur 34,8 Millionen Mark gegenüber 48,7 Millionen im Monatsdurchschnitt des Jahres 1926. Sie ist also, nachdem sie schon im Monat Dezember auf 40,3 Millionen Mark fiel, weiter zurückgegangen. Der Roggenimport wird mit 9,6 Millionen Mark angegeben. Er betrug im Monatsdurchschnitt 1926 nur 3,8 Millionen und im Monat Dezember 1926 rund 6,9 Millionen Mark. Die Roggenknappheit in Deutschland zieht also die Vorräte auf dem Weltmarkt nach Deutschland hin und zwar bedeutet die Einfuhr im Monat Januar 1927 gegenüber dem Dezember 1926 eine fast 50prozentige und gegenüber dem Monatsdurchschnitt 1926 eine 300prozentige Steigerung. Die Entwicklung ist sicherlich geeignet, die Einwände gegen eine Aufhebung des Roggenzolls abzuwehren. Man beruft sich immer darauf, daß die Roggenvorräte auf dem Weltmarkt zu gering seien, um für eine umfassende Einfuhr nach Deutschland in Frage zu kommen. Die Statistik beweist dagegen eine ganz erhebliche Steigerung der Roggeneinfuhr. Die Suspendierung des Roggenzolls würde die notwendige Einfuhr erleichtern und ohne Zweifel preisrückend wirken.

Die vermehrte Einfuhr an Rohstoffen und Halbfertigwaren beruht auf dem vermehrten Import an Ralsbstein, Kindschäuten, Steinkohlen, nichtölhaltigen Sämereien und Mineralölen. Die Einfuhr an Textilrohstoffen ist gegenüber Dezember 1926 um 1,8 Millionen zurückgegangen. Dagegen ist die Einfuhr an Textilfertigen gegenüber dem Vormonat um 18,8 Millionen Mark gestiegen. Von der Steigerung entfallen allein 7,9 Millionen Mark auf Garne.

Die Ausfuhr an Lebensmitteln und Getränken zeigt gegenüber dem Vormonat eine Abnahme von 16,8 Millionen Reichsmark. In der Abnahme ist der Zucker allein mit 11,2 Millionen RM. beteiligt. Der Rückgang in der Ausfuhr an Rohstoffen und Halbfertigwaren erklärt sich in erster Linie durch die verminderte Ausfuhr an Steinkohlen, Rots und Breitkohlen.

Anzunehmen ist, daß die verminderte Rohstoffausfuhr bereits damit zusammenhängt, daß die während der Englandkonjunktur abgeschlossenen Lieferungsverträge zum Teil abzulösen beginnen.

Die Ausfuhr an Fertigwaren hat sich nur geringfügig abgeschwächt. Die Ausfuhr an Maschinenteilen und Eisenwaren selbst zeigt eine Zunahme von rund 14,1 Millionen Mark. Ebenso hat die Ausfuhr an Farben und Lacken eine nicht unbedeutliche Zunahme (um 8,6 Millionen) aufzuweisen. Gefunken ist dagegen die Ausfuhr an Maschinen (um 8,2 Millionen), Textilwaren (um 2,3 Millionen), Waren aus Edelmetallen, Schuhwerk und Musikinstrumenten.

Die Jagd nach der Braut

Eine Geschichte zwischen Lachen und Weinen

Von Alfred Schirrolauer

13. Fortsetzung (Nachdruck verboten)

Robert Broof war einer so traurigen Geistesverwirrung verfallen, daß schon diese doch wahrhaftig begründete Bezeichnung der selbstbewußten jungen Dame von Nr. 27 East 135. Straße ihn zu argem Grimm aufstachelte.

„So?“ entgegnete er heftig. „Sie hätten Sie natürlich lieber verhaftet und Florence damit gemordet. Und Sie wollen Florence lieben!“

„Wer sagt das?“ schmauchte Billy ihn an.

„Ich dachte“, tröste Bob und schwieg verdrossen.

Zu seiner Schmach aber benutzte er den Rest der Fahrt dazu, mehr über die Verbrecherin als über das herbe Los ihres Opfers zu grübeln.

Jeremia Ronald hatte die Rückkunft der Expedition Sorgen und Ängsten erwartet. Hoot hielt sich verbissen zurück und ließ den Bräutigam als den künftigen Nächsterbigen Bericht erhalten. Selbstverständlich war der gramgebeugte Vater sofort bereit, die geforderten 50 000 Dollar zu zahlen. Fünf Minuten nach der Ankunft wandte das Auto seinen Kühler wieder der E. 135. Straße zu.

Eine neue, nicht geringe Ueberraschung hatte der Florence-erlöser.

VIII.

Als sie an dem blühenden roten Backsteinhäuschen klingelten, öffnete ihnen eine alte behagliche Dame die weiße Tür. Sie lächelte den beiden Herren freundlich zu und fragte lebenswichtig nach ihrem Begehren.

Bill und Bob gafften sie wenig geistvoll an.

„Verzeihen Sie“, flötete Hoot, „ist das hier Nr. 27?“

„Gewiß, mein Herr“, erwiderte die alte Dame zuvorkommend.

„Wohte hier nicht eine junge Dame?“ fragte Hoot streng.

„Eine junge Dame?“

Hier fiel Bob ein: „Mit selbstigem schwarzen Haar und großen leuchtenden Augen.“

Die Dame schüttelte verwundert den Kopf.

Hier wohnen nur mein Mann und ich.“

Robert blickte verwirrt auf Hoot, doch der beachtete ihn nicht.

„Ich bitte Sie, die Tür freizugeben“, forderte er mit einer Stimme, die jeden Widerstand lähmte.

Verstümmelt wich die alte Dame auch sofort zurück. Die beiden Herren traten ein.

Wieder zog Hoot den Revolver, wieder befaß er dem Gefährten, die Haustür zu schließen. Mit vorgehaltener Waffe trieb er die verängstigte, völlig kopfschwere alte Frau zu der Tür des Zimmers, der historischen Stätte der denkwürdigen Unterredung mit Elmor Wall.

In diesem netten Zimmer mit den blanken Biedermeiermöbeln sah ein betülter Herr von etwa siebzig, ein rundes Samtköpfchen auf dem weißen Haupte, und las friedlich und ahnungslos seine Morgenzeitung.

Als seine Gattin und gleich darauf ein Mann mit einem Revolver in die Tür platzten, entfiel ihm das Blatt. Er selbst blieb vor Schreck erstarret, im Lehnstuhl sitzen. Die Augen waren weit aufgerissen über die Brillengläser hinweg auf das Schießgewehr gerichtet.

Hoot ließ die Waffe sinken.

Jetzt war auch Broof im Zimmer.

„Was geht hier vor?“ polterte Billy. „Was soll diese Mystifikation!“

Die behende Alte fand zuerst Worte.

„Was wollen Sie, mein Herr?“ zeterete sie. „Was bedeutet dieses gewalttätige Eindringen in unser friedvolles Altersheim?“

„Machen Sie mit mir keine Witze“, schmauchte der Polizeimann.

„Sie wissen ganz gut, was es bedeutet. Glauben Sie, ich falle auf solch einen plumpen Schwindel rein? Vor einer Viertelstunde war hier ein Mädchen — Elmor Wall nannte sie sich — wo ist sie?“

Nun hatte sich auch der Greis im Samtköpfchen gefunden. Würdevoll erhob er sich. Seine Beine zitterten ein wenig. Aber vielleicht tat es das immer.

„Hier scheint ein Irrtum vorzuliegen“, bemerkte er mit vibrierender Stimme. „Wir wohnen hier seit 15 Jahren — seitdem wir — meine Frau und ich — uns von der Bühne zurückgezogen haben.“

„Aber das ist doch nicht möglich“, warf Broof sich in die Debatte. „Wir haben vor kaum zwanzig Minuten hier in diesem Zimmer mit der jungen Dame gesprochen. Jeder Irrtum ist ausgeschlossen. Ich erkenne jedes Möbelstück wieder. Dort das Porträt von Jenny Bink mit ihrer Unterschrift.“

Die beiden Alten blickten sich verständnislos an und zuckten ohne Begreifen stumm die Achseln. Es hatte nicht den Anschein, als ob sie fingierten. Aber freilich waren es angeblich ehemalige Schauspielerei, und man konnte nicht wissen, ob es nicht sehr gute Gemeln waren.

Hoot jedenfalls ließ sich nicht verblüffen.

„Halten Sie die Herrschaften kurz im Auge“, befaß er, „ich werde das Haus abhuchen.“

Damit ging er. Der alte Mime machte eine ergrimmte ohnmächtige Geste, die bezeugte, daß er nur der Gewalt weiche.

Diesmal sah Bob keinen Anlaß, den beiden hartgelotteten Säundern — das waren sie in seinen Augen trotz ihres friedlichen Aussehens, aber er hatte heute ja schon mancherlei Erfahrungen mit der leiblichen Hülle schwerster Verbrechertypen gemacht — er sah keinen Anlaß, diesen verstockten, abgeschliffenen Banditen ins Gewissen zu reden. Wahrscheinlich schienen sie ihm zu alt und keiner Läuterung mehr fähig. Er nahm Posten an der Tür und blickte stumm und sehr polizeimäßig wichtig und drohend drein.

Die belagerten Gefangenen schwiegen und schüttelten nur vom Zeit zu Zeit im Unbegreifen die ergrauten Häupter.

Sehr baldkehrte Hoot zurück. Er hatte nicht das geringste Verdächtige gefunden.

„Nichts?“ rief Bob.

Hoot verneinte. Dann wandte er sich an die Alten, die durch Zeichen bedeuteten: „Na, sehen Sie!“

„Eigentlich mühte ich Sie verhasst“, hies es sie während an. „Ich habe momentan aber Nichttaeres vor. Diese Fehler wird Sie teuer zu stehen kommen! Verlassen Sie sich darauf.“

Damit ging er hinaus. Bob blieb nichts weiter übrig, als ihm zu folgen. Er tat es mit der gebotenen Würde und Bestimmtheit, indem er schneidig wiederholte: „Sehr teuer! Verlassen Sie sich darauf!“

Vor der Tür musterten sie noch einmal das Häuschen. Jeder Zweifel war ausgeschlossen. Das Schild mit der Nr. 27 prangte daran groß und leuchtend.

„Was nun?“ fragte Broof perplex.

„Das haben Sie davon“, höhnte Hoot. „Aber Sie wußten es natürlich besser.“

„Wer konnte das ahnen?“ verteidigte sich der Bräutigam flehentlich. „Ich beaureife es nicht. Sie haben das Ganze doch nur unternommen, die 50 000 Dollar zu bekommen. Jetzt hätten sie das Geld, wenn diese neue unerklärliche Wendung nicht eingetreten wäre.“

„Der weiß, was diese Teufel noch im Schilde führen“, brummte Bill und sprang in das Auto.

Der Chauffeur sah sie neugierig an, wagte aber nicht, um Aufklärung zu bitten.

„Was nun?“ fragte Bob wieder.

„Zur Central Police Station“, befaß Hoot, in Centre Street, zwischen Broome und Grand Street.“

(Fortsetzung folgt)

Freistaat Lübeck

Mittwoch, 23. Februar

Schrei aus engen Nächten

Manchmal wenn aus abgrundtiefen Schächten ungelebter, leerer Tage dumpfes Stöhnen, bange Klage Schlaf mir raubt in engen Nächten, wird das Leben mir zur Qual — laß und schal — — —

Laß und schal — — — Was bin ich denn? Ein Mensch? Ein Gott? Ein Tier? Ein Brat? Gefornetes Edelbleich? Verflucht sei aller Faulgeschmack, der peftend meine Zunge düngt, daß mir das Große, Letzte nicht gelingt.

Nicht gelingt? Was will ich denn? Ich weiß es wohl: Das, was nicht ist und nicht wird sein, eh' nicht Erkenntnis schäumt: Du bist!

Brich auf in mir, Vulkan, brich auf!

Fluch den ungelebten, leeren Tagen! Fluch dem dumpfen Stöhnen banger Klagen! Fluch den abgrundtiefen Schächten! Fluch den faulen, engen Nächten!

Brich auf in mir, Vulkan, brich auf!

Sonne will ich — ich will Licht, Licht, das enge Nächste bricht!

Brich auf in mir, Vulkan, brich auf!

Gustav Fingber

Aufgaben und Ziele der Sozialpolitik

Ueber vorstehendes Thema sprach am Freitag Gen. Schröder, Berlin, Vorstandsmitglied des F. d. A. vor den Gewerkschaftsvorständen und Betriebsräten des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Im ersten Teil seiner Ausführungen zeigte Gen. Schröder die verhängnisvolle Stellungnahme der Unternehmer, bürgerlicher Sozialpolitiker und der Gewerkschaften zur Sozialpolitik. Wenn auch ein großer Teil der Unternehmer der Sozialpolitik heute zustimmend gegenüber steht, so gehen sie doch kaum so weit wie bürgerliche Sozialpolitiker, die die Ausnutzung der Arbeitskraft auch nur in ganz trassen Fällen für bekämpfenswert halten. Wir verstehen dagegen unter Sozialpolitik das Streben nach geordneten Wirtschaftsbeziehungen unter besonderer Pflege der Menschen und deren Arbeitskraft. Dort betrachtet man den Wirtschaftsprozess nur unter dem Gesichtspunkt der Güterökonomie, bei uns aber unter dem Gesichtspunkt der Güter- und normierenden Menschenökonomie.

Die Behauptung der Unternehmer, die Lasten der Sozialpolitik seien nicht tragbar, ist durch die Praxis noch jedesmal widerlegt worden. Diese Lasten sind darauf zurückzuführen, daß durch eine Zunahme sozialpolitischer Maßnahmen die Arbeitskraft der davon betroffenen Arbeiternehmer eine Steigerung erfährt. Auf gute Menschenpflege erfolgt dann höhere geistige und physische Leistung, die für bessere und beste Qualitätsarbeit notwendig ist. Der ökonomische Fortschritt liegt aber in der Pflege der Sozialpolitik.

Der Redner erörterte dann die enge Verbindung, welche zwischen dem sozialpolitischen Fortschritt und der Stärke der Gewerkschaften besteht. Der sichtbare Wandel in der sozialpolitischen Gesetzgebung ist zum größten Teil das Ergebnis der gestärkten Stellung der Gewerkschaften. Erwähnenswert ist der Erfolg bei der Beratung der Novelle zur Reichsinvalidenversicherung. Statt des von der Regierung und den Bergbauunternehmern geplanten Abbaues dieser Versicherung konnte eine Verbesserung erzielt werden; u. a. wurde sogar in der Verwaltung die bisherige Parität beseitigt und eine Arbeitnehmermehrheit durchgesetzt. Aus das Arbeitsgerichtsgeleis kann als sozialpolitischer Fortschritt betrachtet werden. Es bringt uns das so bitter notwendige einheitliche Arbeitsgerichtsweisen, darunter die Berufungsinzanz mit Arbeitnehmerbeisitzern unter Aufhebung des Anwaltszwanges für die Mitglieder der Gewerkschaften. Unser nächstes ist nun die Schaffung eines Arbeitslosenversicherungsgesetzes, welches als Aufgabe hat die Erhaltung der Arbeitskraft und die Steigerung der Leistungen. Arbeitsnachweiser müssen Träger der Arbeitslosenversicherung sein. Die Lösung vom Reich, von den Ländern und Gemeinden ist zu fordern, und dafür einzustehen die Selbstverwaltung unter maßgeblicher Mitwirkung der Versicherer. Der vorliegende Entwurf des Arbeitslosen-Versicherungsgesetzes ist in seinen einzelnen Teilen eine Stabilisierung, ja sogar Verschlechterung des bestehenden Zustandes.

Zum Schluß kommand, betonte Gen. Schröder, daß es notwendig sei, durch aktive Lohnpolitik und Verkürzung der Arbeitszeit einen wirksamen Eingriff in die bestehende Wirtschaftskrise zu unternehmen. Ursache der Krise ist Ueberkapitalisierung und Konsumschwäche, die nur durch Steigerung der Kaufkraft behoben werden kann. Verkürzung der Arbeitszeit bedeutet Arbeitsbeschaffung und somit ernente Stärkung der Kaufkraft. Deshalb verlangt der ADGB, ein Notgesetz zur Reduzierung der Arbeitszeit, welches vor allen Dingen die sogenannten Mehrarbeitsparagrafen 5 und 6 beseitigen soll und auch die Aufhebung der Straflosigkeit bei Annahme freiwilliger Mehrarbeit (§ 11) verlangt.

Stadttheater. Fräulein Margarethe Bruhn wurde nach erfolgtem Vorbringen ohne Gastspiel zu günstigen Bedingungen an die Vereinigten städtischen Bühnen zu Chemnitz verpflichtet.

Selbstanschlußamt. Mit Rücksicht auf die bevorstehende Inbetriebnahme des Selbstanschlußamtes wird mit der Verteilung der Nachträge zum amtlichen Fernsprechnachbuch, umfassend das Ortsnetz Lübeck, in diesen Tagen begonnen. Für jeden Hauptanschluß wird ein Nachtrag kostenlos zugestellt. Weitere Stände können vom hiesigen Telegraphenamts zum Preise von 50 Pfennig bezogen werden.

Ihren Verletzungen erlegen ist die Frau aus der Johannisstraße, die kürzlich durch das Umstoßen eines Spirituslochers schwere Brandwunden erlitt und in das Allgemeine Krankenhaus überführt wurde.

Seemaschinenprüfung. Die am 22. Februar auf der hiesigen Seemaschinen-Schule, Abteilung B, Seemaschinen-Schule, beendete Prüfung zum Seemaschinen 3. Klasse haben folgende Herren bestanden: A. S. R. Christianus aus Hamburg, F. C. C. Riedel aus Lübeck, A. S. R. Lassen aus Kiel, H. C. R. J. Rieder aus Ko-

Hochöfen

Ein nachdentliches Kapitel für Arbeiter

In Deutschland waren es seit jeher neben den Krattjüngern die Schloßbarone, die am meisten über ihr kümmerliches Dasein jammerten. Sie aus dieser Not zu erretten, sollte es kein anderes Mittel geben als niedriger Lohn und lange Arbeitszeit. Dafür setzten die Mächtigen alles ein. Volks- und Staatswohl ist für sie nur Phrase, der Profit alles. Ausbeutung der Arbeitskraft, übersekte Preise, darin erschöpft sich die Weisheit der Traktmagnaten. Zahlreich mühten sich die Berechnungen die Minderleistungsfähigkeit der Arbeiter beweisen. Alles eitel Trugwerk zur Verwischung dunkler Absichten. Die kurze Spanne Zeit nach dem Kriege, in der Minderleistungen infolge Unterernährung und Betriebsumstellungen vorkamen, ist längst vorbei. Die Industrie vollzog die Rationalisierung in einem solch raschen und ungeahnten Tempo, daß sie zu einer volkswirtschaftlichen Gefahr ansartete. Denn weder Arbeiter noch die Verbraucher hatten einen Vorteil hiervon, der Staat aber mehr Lasten durch die brotlos gewordenen Arbeitskräfte. Ein Bild, wie die Schmelzindustrie arbeitet, gibt Dr. Goldstein im Handelsteil des Berliner Tageblatts, indem er die volkswirtschaftliche Auswirkung der Rationalisierungserfolge in der Eisen- und Stahlindustrie zergliedert. Da wir auch im hiesigen Staat einen Hochöfenerwerbsbetrieb haben, ist es gewiß sehr interessant, etwas Näheres darüber zu erfahren.

Dr. Goldstein sagt u. a.: Rationalisierung ist nicht Selbstzweck, sondern soll lediglich ein Mittel sein, um durch Verminderung der Selbstkosten eine Senkung der Verkaufspreise zu ermöglichen, die ihrerseits eine Steigerung der Konkurrenzfähigkeit und des Absatzes herbeiführt. . . . Der deutschen eisenhaltigen Industrie ist es gelungen, in verhältnismäßig kurzer Zeit ihre Leistungsfähigkeit stärker zu erhöhen als der irgend eines andern Landes. Die Produktionskosten haben dementsprechend eine beträchtliche Senkung erfahren. Von diesen Rationalisierungserfolgen gibt die folgende Aufstellung ein anschauliches Bild:

Steigerung der Tagesleistung			
Hochöfen			
	September 1925	August 1926	
Hochöfen im Betrieb	96	84	- 12,5 %
Gesamterzeugung	735 000 t	850 000 t	+ 16 %
Erzeugung je Ofen	7 600 t	10 100 t	+ 31 %
Beschäftigte Arbeiter	21 000	17 000	- 19 %
Tagesleistung je Arbeiter	1,17 t	1,6 t	+ 37 %
Stahlöfen			
	August 1925	August 1926	
Gesamterzeugung	900 t	1 140 t	+ 26 %
Beschäftigte Arbeiter	28 000	25 000	- 11 %
Tagesleistung je Arbeiter	1,23 t	1,77 t	+ 44 %

Stad. S. J. Schröder aus Hensburg, R. S. Thaden aus Born a. D., E. C. J. Thienemann aus Neustadt i. Holst.

Staats- und Gemeindefreier Hamburg — Niederelbe — Lübeck. In dem Lohnstreit mit dem Bezirksarbeitgeberverband ist, nachdem eine freie Berufung über Aufbesserung der Lohnsätze nicht zu erreichen war, ein Bezirkschiedsgericht eingeleitet. Zu diesem Ergebnis hatte die Versammlung Stellung zu nehmen. Der Spruch, dessen Annahme durch die Arbeitgeber noch aussteht, sieht eine Lohnerhöhung von 4 Pfennig für die Stunde für alle über 18 Jahre alten männlichen, 3 Pfennig für die weiblichen Arbeiter und 2 Pfennig für die Jugendlichen vor. Lübeck erhielt je 1 Pfennig weniger. Die Erhöhung soll mit Wirkung vom 13. Februar d. Js. eintreten. Die vorgesehene Bindung läuft bis 30. Juni 1927. Von da ab kann das Lohnverhältnis mit dreimonatiger Kündigung gelöst werden. Bei Eintritt wesentlicher Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse ist Nachprüfung der Lohnverhältnisse durch die gleiche Schiedsstelle bereits innerhalb der Kündigungsfrist auf Antrag möglich. Weitere Anträge, wie Zahlung des Vollaumes an alle 21jährigen und Befreiung der Lohnbediener nicht berücksichtigt. Nach längerer Debatte stimmte die Mehrheit der Versammlung für Annahme des Schiedsspruches.

Pädagog. Rundfunk d. Zentralinstituts f. Erziehung u. Unterricht

Freitag, 25. Februar.

12—12.30 Uhr: Sprechtechnik für Schüler. B. R. Graef. — 1.30—4 Uhr: Einheitskurschrift für Fortgeschrittene. Prof. Dr. Ansel und Oberschullehrer Westermann. — 4—4.30 Uhr: Vom neuzeitlichen Anfangsunterricht. Lehrer H. Werth. — 4.30—5 Uhr: Wege der Arbeitsverteilung in der Mädchenbildung. Frau Lotte Behne. — 6.30—7 Uhr: Englisch für Fortgeschrittene. Stud.-Rat Triebel und Lektor Mann.

*

Schlutup. Am Dienstagabend fand hier die Reichsbanner-Bundesgründungsfeier, verbunden mit Werksabend, statt. Ein imposanter Festsaal des Ortsvereins, an dem sich die Kameradschaften Siemens, Kühnig, Schlutup und die Lübecker Kungmannschaft beteiligten, eröffnete die Feier. Die Lübecker Reichsbannerabteilung und zwei Spielmannskorps spielten tapfer auf. Hierauf fand im großen Saal bei Böse eine glänzende besuchte Versammlung statt. Die Kameraden Eckold und Hans Ahrens hielten die Bedeutung des Tages würdige Ansprachen. Stürmischer Beifall dankte den beiden Sprechern. Sehr spät fand die große Kundgebung ihr Ende. Ein unbedingter Erfolg für die republikanischen Ziele ward erreicht.

Aus Lübecker Gerichtssälen

Eines Rückfalldiebstahls schuldig gemacht hatte sich der Arbeiter D. Sch. von hier. Er war bei einem Arbeitskollegen in dessen Wohnung zu Besuch gewesen. Nachdem er die Wohnung verlassen hatte, kam er noch einmal zurück, um seinem Zuzug-

Die Erzeugung je Hochöfen ist demnach in der Zeit vom September 1925 bis August 1926 um 31 Proz., die

Tagesleistung pro Arbeiter sogar um 37 Prozent gestiegen.

Bei den Stahlöfen ist die Erhöhung der Tagesleistung pro Arbeiter noch größer und beträgt bereits 44 Proz. Die Statistik zeigt zwar nur bis zum August 1926, doch ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß sich die Leistungsfähigkeit seitdem noch weiter — voraussichtlich sogar in besonders starkem Maße — erhöht hat. Denn die durch den englischen Streik hervorgerufene Konjunktur hat der eisenhaltigen Industrie die Möglichkeit gegeben, ihre Produktionsanlagen in rationellster Weise voll auszunutzen.

Die monatliche Roheisenerzeugung pro Hochöfen ist in Deutschland von 1924 auf 1925 um ca. 57 Proz. und von 1925 auf 1926 um weitere 33 Proz. gestiegen. Die Leistungsfähigkeit hat sich damit gegenüber 1924 und 1913 mehr als verdoppelt. Die Steigerung der Leistung pro Hochöfen in den letzten Jahren ist in keinem anderen Lande so groß wie in Deutschland, wenngleich absolut betrachtet die Leistung in den Vereinigten Staaten noch immer wesentlich höher ist. Von 1924 auf 1926 beträgt sie in Frankreich noch nicht 10 Proz., in Belgien 12 Proz. und in U. S. A. 17 Proz. England scheitert infolge des vorjährigen Kohlenstreiks aus der Betrachtung aus.

Diese außerordentlichen Erfolge der Rationalisierung in der Schwerindustrie sind der Gesamtwirtschaft und insbesondere der eisenverarbeitenden Industrie, in keiner Weise zugute gekommen. Die Entwicklung der Inlandpreise ist ein Beweis für die durchaus privatwirtschaftliche Einstellung der eisenhaltigen Industrie, der man den Vorwurf eines ungenügenden Verantwortungsbewußtseins gegenüber der Gesamtwirtschaft nicht ersparen kann. Die Preise für Eisen und Walzwerkzeugnisse haben während der Zeit, in der die Rationalisierung zu einer Senkung der Selbstkosten geführt hat, fast durchweg beträchtliche Erhöhungen erfahren und sind — wie der Verfasser im speziellen nachweist — völlig ungerechtfertigt.

Als, Erhöhung der Produktion um 100 Proz., der Arbeitsleistung bis zu 50 Proz., Verminderung der Arbeiterzahl um 20 Proz. und zugleich Erhöhung der Preise. Da sage noch einer, die Wirtschaftler verständen nicht aufzubauen — in ihre Tasche. Das nennt man mit Recht kapitalistische Wirtschaft. Bei diesem Geschäft braucht man sich nicht zu wundern, warum diese Gesellschaft auch die politische Macht in Händen haben will.

das Rad vom Hausflur zu stehlen. Dem Angeklagten werden trotz seiner Vorstrafen mildernde Umstände zugebilligt und zu der gesetzlichen Mindeststrafe von 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Wegen Rückfallbetruges war der Techniker J. W., wegen Begünstigung der Malergeselle M. D. und G. W. angeklagt. W., der wegen Rückfallbetruges von der Strafkammer hier zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt ist, befand sich im September v. Js. im hiesigen Untersuchungsgefängnis. Die beiden Mitangeklagten waren beruflich bei dem Neubau des Gerichtshauses beschäftigt. W. gelang es, von seiner Zelle aus mit diesen in Verbindung zu treten. Er veranlaßte sie durch Unwahrheiten, für ihn Briefe zu befördern. Er teilte ihnen mit, er sei in Untersuchungshaft wegen politischer Umtriebe, sei Redakteur und er befände sich unzufällig in Haft. Er verfüge über Geldmittel in Höhe von 35 000 Mark. Weiter veranlaßte er den Mitangeklagten D., unter einer fingierten Adresse an ihn 61 Mark zu übersenden. Beide hatten Willens mit W. und dieser bekam auch tatsächlich das erbetene Geld unter dem angegebenen fingierten Absender überhandt, damit er sein Gepäc, das er angeblich in Stadt Hamburg lagern habe, einlösen konnte. Unter weiteren ganz unerhörten Schwimbelereien betrug er die beiden Mitangeklagten, die tatsächlich den Angaben des W. Glauben schenkten und annahmen, es mit einem ehrlichen und unzufällig verhafteten Menschen zu tun zu haben. Niemanden würden sie sich aber mit ihm eingelassen haben, wenn sie das Vorleben des W. gekannt und auch nur hätten annehmen können, daß dieser sie derartig betrügen würde. Der Angeklagte a.: den Betrag zu, erklärt aber immer noch, ein vermögender Mann zu sein, gleich er bisher noch keine Veranlassung genommen hat, den von ihm erlösbildeten Betrag an D. zurückzuerstatten. Das Gericht erkennt einschließliche der Gefängnisstrafe von 1 Jahr auf eine Gesamtkstrafe von 1 Jahr 3 Monaten, während die beiden Mitangeklagten freigesprochen werden.

Der Einbruch im Keller. Der Arbeiter E. S. war angeklagt, am 15. Januar d. Js. mit einem noch nicht ermittelten Dritten in den Keller eines Gastwirts eingedrungen zu sein und sich einige Flaschen Wein angeeignet zu haben. Eingang in den Keller verschafften sich die Einbrecher durch Öffnen der Tür mit einem Dolchmesser. Als der Schwelgerwarter des Wirtes ahnungslos in den Keller ging, um etwas heranzuholen, sprangen die beiden Eindringlinge, jeder mit einem Dolchmesser in der Hand, auf ihn los. Er setzte sich zur Wehr, erhielt einen Stich in die Hand, konnte aber den Angeklagten festhalten, während E. S. sich mit einem Kollegen, den er aber nur als „August“ kennt, eintrug und auch die Tür gewaltsam geöffnet zu haben. Einen Diebstahl will er nicht ausgeführt, auch nicht von seinem Dolchmesser Gebrauch gemacht haben. Wegen verübten schweren Diebstahls im Rückfalle lautet das Urteil auf 1 Jahr Gefängnis, während er wegen der schweren Körperverletzung freigesprochen wird, da auch der Verletzte nicht sagen kann, wer von den beiden ihm die Wunde beigebracht hat.

Wegen Diebstahls angeklagt war der Arbeiter H. R. von hier. Er ist gekündigt, am 27. Januar d. Js. ein Herrenrad, welches ein Geschäftsmann auf einige Augenblicke vor einem Hause in der Königstraße hinterstellt hatte, gestohlen zu haben. Beim Versuch

Angrenzende Gebiete

Provinz Südbad

Stodelsdorf. Sozialdemokratische Gemeindevertreter. Zu der am Freitag, dem 25. d. Mts. stattfindenden Gemeindevertreterversammlung findet für die Fraktion die Vorbesprechung am Dienstag abends 8 Uhr im Rathaus statt.

Schwartau-Rensfeld. Soz. Partei, Frauengruppe. Am Mittwoch, dem 23. d. Mts., abends 7 1/2 Uhr, findet unsere Monatsversammlung, anschließend gemütliches Beisammensein, im Gasthof „Transvaal“ statt. Es können Freunde unserer Sache mitgebracht werden. Um recht zahlreichen Erscheinen bittet
Der Vorstand

P. Ahrensdtl. Soz. Verein. Am Sonnabend, dem 26. Februar, abends 8 Uhr: Parteiversammlung im Vereinslokal. Wichtige Tagesordnung, alles muß erscheinen.

Malente-Gremsmühlen. Der Ortsausschuß beschloß in einer vertraulichen Sitzung, das Parthotel in Gremsmühlen als Kurhaus anzukaufen. Als Kaufpreis wird die Summe von 210 000 RM. genannt. Die vor einigen Monaten beschlossene Neueinrichtung einer Kurhalle im Dieleseegehege wird durch diesen Beschluß überholt. Die bereits begonnenen Vorarbeiten werden eingestellt. — Wie verlautet, hatte der Besitzer des Parthotels die Absicht, sein Grundstück als Krankenkassen- oder Jugendheim zu verkaufen. In Gremsmühlen sind in den letzten Jahren bereits 3 große Hotels in Krankenkassenheime umgewandelt worden. Der Übergang dieses größten Hotels in den Krankenkassenheime würde auf den ohnehin schon stark zurückgegangenen Fremdenverkehr weitere nachteilige Wirkungen haben. — Um unserem Orte den Fremdenverkehr als einzigen Lebensnerv zu erhalten, war der Ortsausschuß der Ansicht, die Bildung eines weiteren Krankenhauses durch Verkauf des fraglichen Hotels zu verhindern. Es ist bedauerlich, daß unser herrlicher Ort nicht in noch größerem Umfange als Erholungsstätte wirklich leidender Menschen Verwendung finden kann. Sinegen darf man aber den Selbsthaltungstrieb eines nur auf den Fremdenverkehr aufgebauten Wirtschaftslebens nicht vertreiben.

Mecklenburg

d. Selmsdorf. In einer öffentlichen Versammlung sprach am Sonnabend im Lokale Bodrich der Genosse Walterstrat-Moisling über Elternratswahl. In ausgereicherter Weise verstand es der Referent, der Versammlung die Stellung der Sozialdemokratie zur Schule vor Augen zu führen. Die heranwachsende Jugend wird einmal das Rückrad des Staates, daher muß alles getan werden, sie zu denkenden Menschen zu erziehen. Nicht der Geldbeutel der Eltern soll maßgebend sein für die Bildung ihres Kindes, sondern die Fähigkeit selbst. Es ist bedauerlich, daß unser herrlicher Ort nicht in noch größerem Umfange als Erholungsstätte wirklich leidender Menschen Verwendung finden kann. Sinegen darf man aber den Selbsthaltungstrieb eines nur auf den Fremdenverkehr aufgebauten Wirtschaftslebens nicht vertreiben.

Die „Königliche Hohel“ in der Volksversammlung

Aus vielen Gegenden Deutschlands wird gemeldet, daß die Bauern in ihren Versammlungen den Beschluß fassen, aus dem Landbund auszutreten. Um diese Verluste wieder einzubringen, bemüht sich der Landbund, Landarbeiter in größerer Zahl einzulassen. In Versammlungen und Kursen, meist in geschlossener Gesellschaft, werden von „Arbeitersekretären“, die von Großgrundbesitzern bezahlt werden, „wirtschaftsfriedliche“ Vorgehänge an den Mann gebracht. Ueber eine Veranstaltung, die diesmal aber öffentlich war und also auch prompt einen Mißerfolg hatte, trotz des Aufgebotes hoher und höchster Herrschaften, berichtet die Schleswig-Holsteinische Volkszeitung:

Am Montag nachmittag 3 Uhr sollte eine großartig angelegte Aktion in L e n s a h n durchgeführt werden. Mühe und Geld wurden nicht gespart. Eine Musikkapelle wurde aus der Kreisstadt Oldenburg herangeholt. Aus Berlin hatte man sich den gelben Reichstagsabgeordneten Wolf von den Deutschnationalen und außerdem den völkischen Heppapostel Dr. Stadler verschrieben. Der ganze Heerband der Gutsbesitzer und Pächter und gelben „Arbeitersekretäre“ aus einem großen Teil des Kreises Oldenburg und darüber hinaus war ebenfalls anwesend. Unter den Großgrundbesitzern war auch der ehemalige Erbgroßherzog von Oldenburg anwesend. Alle diese Herrschaften hatten dafür gesorgt, daß die Landarbeiter von weit und breit an dem Montag nachmittag nach Lensahn zur öffentlichen Volksversammlung kamen. Sie waren denn auch zu vielen Hunderten gekommen. Der Herrschaftswort in letzter Stunde auch der Kreisleiter des Landarbeiterverbandes zur großen Versammlung eingeladen; mit leisem Spott wurde bemerkt, er könne sich ja noch einen Redner zur Hilfe mitbringen.

Der Tanz konnte beginnen. Der Vorsitzende, ein gelber Arbeitersekretär namens W ö n n i c h, hieß zunächst alle Erschienenen, vor allem die „Königliche Hohel“, den Erbgroßherzog von Oldenburg und den „Prinz von Reuß“, herzlich willkommen. Das Referat des Abgeordneten Wolf bewegte sich in den bekannten deutschnationalen Gedankengängen: Dann gab Dr. Stadler eigenartige Gedankengänge zum besten. Die Landarbeiter bewahrten eine musterhafte Haltung, waren kühl und ruhig.

Alles schien gut zu gehen. Die deutschnationalen Drahtzieher glaubten den Erfolg schon in der Tasche zu haben. Doch es nahte das Verhängnis. In der folgenden Ansprache nahm zunächst der Kreisleiter Genosse P a n i k k i und dann Genosse F r i e d r i c h H a n s e n das Wort. In mehrstündiger Gegenrede, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen ließ, wurde den politischen Eieranzern der Marck geblasen. Die „Königliche Hohel“ kam höchst selbst in größter Erregung vor die Kampe gesprungen und erwiderte: Hier sehen Sie das Schicksal; hab' ich Euch schon hungern lassen? Jehn bis zwölf abhängige Geister antworteten mit einem blauen Nein! Die Waffe der Landarbeiter sah belustigt dem Schauspiel zu.

Die Partie war für den Landbund verloren, das spürten alle Anwesenden. Die Kolonnen der Landarbeiter, die von 2 1/2 Uhr nachmittags bis kurz nach 8 Uhr abends mühselig ausgeharrt hatten, rückten ab, trotzdem der leitende Sekretär der Gelben hat, dabei und Mitglied im Landarbeiterverband zu werden. Freude und Genugtuung war vielen Landproleten vom Gesicht zu lesen.

Der Landarbeiterverband und die Sozialdemokratische Partei hatten die Schlacht gewonnen.

Betriebsratswahlen

Aufruf zu den Neuwahlen der Betriebsvertretungen im Wirtschaftsgebiet Südbad für das Jahr 1927-28

Arbeiter!

Angestellte!

Die Neuwahlen der Betriebsvertretungen sind nach den Richtlinien des ADGB und Afabundes in den Monaten Februar-März durchzuführen.

Von dem Ortsausschuß Südbad des ADGB. und vom Ortskartell Südbad des Afabundes ist zu diesem Zweck als einheitlicher Termin der 31. März 1927 bestimmt.

Die Bestellung des Wahlvorstandes ist diesem Termin entsprechend vorzunehmen.

Belegschaften, die gegenwärtig ohne Betriebsvertretungen sind, haben ihren Unternehmer zur Bestellung eines Wahlvorstandes aufzufordern.

Die Durchführung der Wahl obliegt den jeweils beteiligten Gewerkschaften.

Alle Betriebsvertretungen, die im Laufe des Jahres 1926 gewählt worden sind, sollen im Interesse der Einheitlichkeit die Neuwahlen durchführen. Maßgebend sind § 23 bzw. 42 und 48 BRG Betriebsvertretungen, die erst im Jahre 1927 gewählt worden sind, bleiben im Amt, ebenso diejenigen Betriebsvertretungen, bei denen besondere Verhältnisse vorliegen, auch wenn die Wahlen schon im Jahre 1926 stattgefunden haben. Hierbei ist jedoch eine Verständigung mit den maßgebenden Gewerkschaften notwendig. Die besonderen Betriebsvertretungen gemäß § 61, 62 BRG. (bei Behörden, bei der Reichsbahn, im Baugewerbe usw.) handeln nur nach den Weisungen ihrer Gewerkschaften. Für sie gilt daher die allgemeine Aufforderung zur Neuwahl nicht.

Diese Anweisungen sind genauestens zu beachten, damit Schädigungen der Arbeiter- und Angestelltenbewegung vermieden werden.

Maßgebend für die Durchführung der Wahl

Sowohl für Arbeiter als auch für Angestellte sind die Beschlüsse des Gewerkschaftslongresses in Leipzig 1922 (Protokoll Seite 419/20) und die Richtlinien des Afabundes vom 3. Juli 1924. Hiernach ist genau zu verfahren. Insbesondere ist unter allen Umständen zu unterlassen, in verschleiierter oder offener Form politische Listen aufzustellen. Außerdem dürfen in keinem Falle in die Listen der freien Gewerkschaften Kandidaten aufgenommen werden, die unorganisiert sind. Wo hiergegen verstoßen wird, können die Gewerkschaften derartige Wahlen auf Grund der Kongreßbeschlüsse nicht anerkennen.

Der Beschluß des ADGB. von 1922 und die Richtlinien des Afabundes von 1924 werden in den nächsten Tagen veröffentlicht.

Die für die Durchführung der Neuwahlen notwendigen Formulare sind auf dem Sekretariat des ADGB. und des Afabundes, Johannisstraße 48, parz. resp. 1. Etage, gegen Erstattung der Selbstkosten zu erhalten. Die Kosten hat der Unternehmer zu tragen. (§ 36 BRG. und § 22 der Wahlordnung zum BRG.)

Das ganze Jahr 1926 war für die Gewerkschaften und damit auch für die Betriebsräte sehr bewegt. Die Auseinander-

setzungen über Nationalisierung, Technisierung und Typisierung, die große Arbeitslosigkeit, das Ueberstundenwesen und die Abkürzung der Unternehmern, das Arbeitsrecht und das Sozialrecht abzubauen, haben die Kräfte der Gewerkschaften vollkommen in Anspruch genommen. Das Jahre 1927 hat diese Probleme übernommen. Es gilt vor allen Dingen, die Auswüchse der Nationalisierung zu beseitigen und zu verhindern, daß die Arbeiter und die Angestellten dabei die Leidtragenden sind. Vielmehr muß die Nationalisierung als Fortschritt der Menschheit auch der Arbeiterklasse zugute kommen.

Die Arbeitslosigkeit ist zu beseitigen, was u. a. auch dadurch bis zu einem gewissen Grade erreicht werden muß, daß der Arbeitslosenstand geistlich wiederhergestellt wird. Auch hierbei werden die Betriebsräte wertvolle Hilfe leisten müssen.

Große Aufgaben stehen infolgedessen den Betriebsräten bevor. Es ist daher

Pflicht jeder Belegschaft

die eine Betriebsvertretung wählen kann, unter allen Umständen dafür zu sorgen, daß auch von diesem Rechte Gebrauch gemacht wird. Die Gewerkschaften bemühen sich ununterbrochen, die Position der Betriebsräte zu sichern. Durch das Arbeitsgerichtsgesetz vom 23. Dezember 1926 ist mit Wirkung vom 1. Juli 1927 auch für die Betriebsvertretungen eine volle Einheitlichkeit der Rechtsstellen geschaffen worden, so daß also nicht wie bisher die Betriebsräte notwendig haben, sich an die unterschiedlichsten Rechtsstellen wenden zu müssen. Außerdem sind auch durch das Arbeitsgerichtsgesetz für die Betriebsräte selbst größere Sicherheiten geschaffen worden. Gegen Entscheidungen der Arbeitsgerichte auf Amisenthaltung von Betriebsräten bezug. Zustimmung zur Entlassung von Betriebsräten gibt es nach Inkrafttreten des Arbeitsgerichtsgesetzes die Rechtsbeschwerde mit aufstiegender Wirkung an das Landesarbeitsgericht. Die Gewerkschaften haben auch dem Reichstage Anträge eingereicht, um die objektive Durchführung des BRG. mehr als bisher zu sichern. Das BRG. soll so geändert werden, daß auch die Belegschaften den Wahlvorstand bestellen können und daß der Wahlvorstand die Kandidaten zu den Neuwahlen die ausscheidenden Betriebsräte und die amtierenden Betriebsräte selbst vor Maßregelungen geschützt sind.

Um alle diese wichtigen Aufgaben durchzuführen und zu erfüllen, ist es notwendig,

die Reihen der Gewerkschaften soviel wie möglich zu härten.

Auch hierbei haben die Betriebsräte mitzuwirken, sie müssen als Funktionäre der Gewerkschaften dafür eintreten, daß alle Arbeiter und alle Angestellten Gewerkschaftsmitglieder sind.

Kunne mehr an die Arbeit! Das wichtige gesellschaftliche Mitbestimmungsrecht ist zu seiner vollen Geltung zu bringen!

Die Stärkung der Kampfkraft der freien Gewerkschaften muß wiederum die Parole bei den Betriebsratswahlen sein.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund Ortsausschuß Südbad J. A. Dreger

Partei-Nachrichten Sozialdemokratischer Verein Südbad

Sekretariat Johannisstr. 48 I. Telefon 2408 Sprechstunden: 11-1 Uhr und 4-6 Uhr Sonnabends nachmittags geschlossen

4. Distrikt. Donnerstag, den 24. Februar, abends 7 1/2 Uhr bei Eggers, Stadenstr.: Versammlung. Vortrag des Gen. J. M a i n g. Regen Besuch erwartet. Der Distriktsführer.

5a-Distrikt. Freitag, den 25. Februar, abends 8 Uhr, im „Weißen Engel“ Versammlung. 1. Vortrag des Genossen L u d w i g. 2. Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

7. und 7a Distrikt. Donnerstag, den 24. Februar, abends 7 1/2 Uhr bei Dechow, Schützenstr.: Versammlung. Gen. H a u t spricht über wichtige kommunale Fragen. Zahlreichen Besuch erwarten. Die Distriktsführer.

9. Distrikt. Freitag, den 25. Februar, abends 7 1/2 Uhr, Versammlung bei Storch, Friedensstraße. 1. Vortrag des Gen. Lehrer W a g n e r. 2. Verschiedenes.

Sozialistische Arbeiter-Jugend

Sprechstunden: Montags und Donnerstags von 7-7 1/2 Uhr

Moisling. Aktion, Mitglieder! Am Mittwoch, dem 23. Februar treffen wir uns abends 7 Uhr im Kaffeehaus. Bis 8 Uhr Kollkänge. Im Anstich daran: Ueber den Verbandsabend. Dazu ist das Erscheinen aller Mitwirkenden dringend erforderlich.

Ridnig. Mittwoch, den 23. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung in der Schule.

Bornert. Mittwoch, den 23. Februar: Vortrag vom Genossen K l u b e r. — Sonntag gehen wir nach Trichow. Anmeldungen beim Genossen K ö l l e r. Besprechung am Mittwoch. Beistellt euch zahlreich!

Sorlarzgruppe. Die Länger müssen unbedingt pünktlich um 7 Uhr erscheinen. Ueber für Börsenbörse! Wer nicht erscheint, tangt nicht mit. Alle anderen Mitglieder erscheinen 7 1/2 Uhr. Zuhörer haben keine Zutritt.

Stodelsdorf. Donnerstag: Reigenabend. Wir versammeln uns um 7 Uhr an der Bahn. Zahlreiches Erscheinen wird erwartet. Turnschuhe mitbringen.

Wellerengruppe. Freitag, abends 8 1/2 Uhr: Vorstandssitzung beim Gen. Rod, Traubmannstraße 41-43 III.

Aktion. Markt! Mittwoch: Vortrag von S. H a n s e über: Arbeiter-Jugend und Wählerorganisation.

Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Kinderfreunde

Bureau: Johannisstraße 48. Sprechstunden: Dienstags von 11-12 Uhr

Freitag, den 25. Februar, abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Zimmer 9: Generalsammlung der Kinderfreunde. Tagesordnung: Jahresbericht, Neuwahl des Vorstandes, Zeilager an der Spitze, Verschiedenes. Wir bitten alle Helfer und Eltern um ihr Erscheinen.

Allgemeiner freier Angestelltenbund Ortskartell Südbad J. A. vom Hoff

Sonnabend, den 26. Februar: Schönberg: 8 Uhr abends: Öffentliche Versammlung bei Doll. Referent: Kamerad R. Reyer-Südbad (Kreisführer).

Sonntag, den 27. Februar: Ridnig: 1-2 Uhr nachmittags: Konzert der Südbader Kapelle beim Johannisstübchen. — 2 1/2 Uhr: Koncert dort. — 4 Uhr: Öffentliche Versammlung bei Dietelmann. Referent: Kam. O. P a l j a r g e (techn. Gaufrührer). Ab 6 Uhr: Bunter Abend.

Sonntag, den 27. Februar: Daffow: Öffentliche Gründungsversammlung, 3 Uhr nachmittags bei Gastwirt Soade. Referent: Kamerad R. Reyer (Kreisführer).

Die Radfahrerabteilung des Kreises Südbad und alle radfahrenden Kameraden aus Südbad ab 11 Uhr nachmittags Gewerkschaftshaus, nehmen hieran teil. Die Kreisleitung.

Stodelsdorf: Mitgliederversammlung am Sonnabend, dem 26. Februar, abends im Vereinslokal Brauerei Jadenburg.

Sonnabend, den 26. Februar: Södnau: Öffentliche Versammlung, abends 8 Uhr bei Gastwirt Kemp. Referent: Kamerad J. Ahrensholt-Südbad.

Aktion! S. A. J. Der Vortrag des Gen. Ahrensholt findet bestimmt am Donnerstag, dem 24. Februar, abends 8 Uhr in Zimmer 5 statt.

Gewerkschaftliche Mitteilungen

Aktion. Metallarbeiterjugend. Mittwoch, den 23. Februar, 8 Uhr: Kaffeehaus. — Donnerstag, den 24. Februar, 8 Uhr: Kaffeehaus. Kaffeehaus über Aufbau des deutschen Metallarbeiterverbandes.

Aktion! S. A. J. Der Vortrag des Gen. Ahrensholt findet bestimmt am Donnerstag, dem 24. Februar, abends 8 Uhr in Zimmer 5 statt.

Sinvolle am Versammlungen, Theater usw.

Stadtheater. Kommanden Sonntag gollieren Maria und Josef Plant in der letzten Aufführung von „Die Fiedermans“, erlere als Kollinle und Josef Plant als Kollig. Das Stück geht zu gewöhnlichen Opernpreisen in Szene. Donnerstags 11.30 Uhr findet zu kleinen Preisen (RM. 0.50, 1.-, 1.50) eine vollständige Kolligierfeier mit weiteren Vorträgen von Josef Plant statt. Heute abend voraussichtlich letztmalig D o v e r - S a l a i s. In der Aufführung „Die Fiedin“ gastiert (früher Dejan, jetzt St. Gallen) Frau W i l e r - L a n d als Gast auf Anstellung in der Partie der Kollig. An Stelle der angekündigten Freitag-Vorstellung von Stegried geht abends 8 Uhr Don Pasquale infolge Erkrankung im Regional in Szene. In der Erkauführung „G o d i o a“ wird der Dichter Hans Kraus persönlich anwesend sein. Zum R i s p e r - G a s t p i e l am 12. März „Michael Kramer“ werden jetzt schon Vorbereitungen von der Theaterleitung sowie der Kasse entgegenkommen.

Jugendgruppe des Arbeiter-Abkünter-Bundes. Freitag, d. 25. Februar im Jugendheim: 7.30 Uhr: Vorstandssitzung. 1. Beschluß über Beschäftigung des Führerjungs des D. A. A. in Södnau. 2. Verschiedenes. — 8.00 Uhr: Kollistanz. Gäste willkommen. — 9.20 Uhr: Ueber der Jugendzeitschrift.

Arbeiter-Sport

Alle Inschriften für diese Rubrik sind an den Sportgen. K o z C o r n e l i, Gr. Erdpfeigrube 32, nicht an die Redaktion des Südbader Volksboten zu richten

Arbeiter-Turn- und Sportverein Südbad. Sonnabend, den 26. Februar, abends 8 Uhr: Versammlung der 1. und 2. Mannschaft. Sämtliche Mitglieder sind mitbringen. Berichterstattung von der Vereinsstellenbesetzung. — Sonntag, den 27. Februar, nachm. 3 Uhr: Handballspiel der 1. Turnmannschaft gegen Kollistanz. 2 1/2 Uhr bei Straße.

Arbeiter-Turn- und Sportverein Südbad. Mittwoch, den 23. Februar, abends 8 Uhr im Arbeiter-Sportheim: Versammlung der jugendlichen Turner und Turnerinnen.

Trommler- und Pfeifertorps des Arbeiter-Turn- und Sportvereins Südbad. Diejenigen Korpsgenossen, die sich beim Genossen Reyer gemeldet haben zwecks Handballmannschaft, haben sich Sonntag, den 27. Februar, morgens 10 Uhr auf dem Baumhof einzufinden, woselbst Genosse Kollig anwesend ist. Genosse Reyer ist dazu besonders eingeladen, da er für den Spielführer der Mannschaft auszuwählen ist.

T.S. Ridnig. Fußballer. Am Mittwoch, dem 23. Februar findet im Vereinslokal von G. H a n s e eine außerordentliche Spielerversammlung statt. Wegen der äußerst wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen sämtlicher Spieler unbedingt notwendig. Anfang pünktlich 8 Uhr.

Arbeiter-Turnverein Ridnig. Am Mittwoch, dem 23. Februar findet bei G. H a n s e die letzte Komitteesitzung vor dem Rosenball statt. Die Komitteesmitglieder müssen dort abgerechnet werden. Ergebnisse aller Komitteesmitglieder unbedingt notwendig.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Sekretariat: Gr. Burgstraße 2. Sprechstunden: werktäglich von 11 Uhr vorm. bis 7 Uhr nachm.

Sonnabend, den 26. Februar: Carlsw: Öffentliche Versammlung 8 Uhr abends bei Schlaw in Pögeze. Referent: Kamerad R. G o r d - S ü d b a d.

Sonnabend, den 26. Februar: Moisling: 8 Uhr abends: Verbandsabend im Kaffeehaus. Referent: Kamerad S. H a n s e - S ü d b a d.

ARBEITER-SPORT

Der Sport als Erzieher

Das Leben, jenseit des Arbeiters, ist ein Kampf, der ausgefochten werden muß. Die Willenskraft, die wir, mehr oder minder stark, besitzen, dürfen wir nicht ungenutzt entwerfen. Was der Willensschwäche am meisten entgegensteht, ist Unentschlossenheit, Wankelmüt und Schwäche, bedingt durch mangelnde Willenskraft. Auf der einen Seite steht das Gewissen und die Erkenntnis von Gut und Böse, auf der anderen Trägheit, Selbstsucht, Vergnügungssüchtigkeit und Leidenschaft. Der schwache, unentschlossene Mensch kann eine Weile schwanken, schließlich aber neigt er sich doch der einen oder der anderen Seite zu. Weicht der Mensch unfähig in seinem Willensbesitz, so wird der gemeine Einfluß der Selbstsucht oder Leidenschaft vorherrschen, der Mensch verliert seine Persönlichkeit, wird zum willenlosen Sklaven seiner Sinne, sein Charakter wird erniedrigt.

Das Leben ist ein Kampf. Wenn er mit seinen Forderungen an uns herantritt und wir zu erliegen drohen, so sollen wir nicht gleich die Flinte ins Korn werfen; vielmehr uns aufrufen und den Kampf aufnehmen. Nicht erklären: „Es geht nicht!“ sondern „Es muß gehen!“ In auf irgend einem Gebiet Erfolg zu haben, bedarf man weniger eines hervorragenden Talents als eines festen Vorsatzes — nicht nur Fähigkeiten, sondern auch des entschlossenen und beharrlichen Willens zur Arbeit. Unendlich viel Unglück und Elend ist in der Welt zurückzuführen auf das „Es geht nicht!“ Welch großer Zahl von jammervoll zugrundegegangenen Schwächlingen dient solche Ausprüche gewissermaßen als Motto. All die Sklaven ihrer Schwächen können jedoch das „es geht nicht“ in ein „es muß gehen“ verwandeln, wenn sie nur wollen. Sie brauchen nur den festen Entschluß zu fassen, ihren Willen zu prüfen. Nach einiger Zeit wird das „es muß gehen“ ebenso geläufig werden wie das unwürdige „es geht nicht“.

Für die Stärkung der Willenskraft ist nichts so sehr geeignet wie der Sport. Mut, Entschlossenheit, Zähigkeit sind Charaktereigenschaften, die der Sport erfordert, die er aber auch vor allem gewaltig fördert. Männer und Frauen, die auf der Höhe des Lebens stehen, haben meist in ihrer Jugend den Wert des Sportes erkannt. Sie werden sich bewußt, daß das Geheimnis des Erfolges mit in sportlicher Betätigung ruht. Der Sport hat sie erjogen und ihnen den Weg gewiesen zu ihrer späteren Lebensstellung. Das mögen alle diejenigen, die noch abwärts gehen und sich aus Willensschwäche zu keinem Entschluß aufrufen können, bedenken. Sie mögen nicht verächtlich vom Sport reden, sondern sich vielmehr die Frage vorlegen: wie komme ich im Leben vorwärts. Die Antwort lautet: durch fortgesetzte Stärkung des Körpers, mit der eine Stärkung des Willens Hand in Hand geht, so daß eine beschlossene, energiegelbe, zielklare Persönlichkeit die Folge ist. Und das ist es, was wir, sowohl der einzelne wie die Allgemeinheit, brauchen. Erst erst: sind diese sport- und willensgestärkten Persönlichkeiten vorhanden in der Klasse der Arbeiterschaft. Darum sollte jeder Arbeiter und jede Arbeiterin, vor allem in den Jugendjahren der Entwicklung, dem Sport

huldigen, um damit sich auch gleichzeitig zu einer charaktervollen Persönlichkeit heranzubilden.

Arbeiterradfahrer

Arbeiter, Angestellte und Beamte, laßt euch nicht in das Schlepptau der bürgerlichen Radfahrerverbände nehmen, die sich alle in den Dienst des Kapitals stellen und ihre Veranlassungen von Kapitalisten finanzieren lassen. Schließt euch dem Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität an.

Der Sportbetrieb des Bundes Solidarität ist in jeder Beziehung einwandfrei, wird nur nach idealen Grundsätzen geleitet und steht auf höchster Stufe. Einen hervorragenden Platz nimmt vor allem das Radwandern ein. Eine gemeinsame Radfahrt am Wochenende oder am Sonntag bietet mannigfaltige Freuden, so daß man frohlich auf einige Stunden die Plagen und Sorgen des Alltags vergißt. Die Ortsgruppe Lübeck des Bundes Solidarität hat im Jahre 1926 33 solcher Radwanderungen unternommen. Es beteiligten sich 512 Genossen und 153 Genossinnen. Die zurückgelegte Strecke betrug 2185 Kilometer.

Öfters werden in Hannover die Bundesmeisterschaften im Salsport ausgefahren. Als Programm ist vorgesehen: am Sonnabend, dem 16. und Sonntag, dem 17. April Wettbewerbe im Kunst- und Reigenfahren, Radball, Radpolo. Von 1-3 Uhr: Festung durch die Straßen Hannovers und Aufzählung eines Massenreigens auf einem öffentlichen Platz. Von 4-8 Uhr: Anreiten der neuen Bundesmeister im Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität. Es sind dann noch Besichtigungen und Führungen durch die Stadt vorgesehen.

Wer schon einmal Gelegenheit hatte, der Austragung der Bundesmeisterschaften beizuwohnen, wird sicher wiederkommen. Unter Ruh geht aber an alle freien Radler und Radlerinnen: Auf zum 1. deutschen Arbeiterradfahrer-Salsporttag zu Öfters 1927 in Hannover. P. J.

Der D.A.M.B. und die Mandolinvereine

Das kapitalistische Zeitalter mit seinen Großstädten und Fabriken hat Sorge getragen, daß der Zugang zur Musik nur einem ganz kleinen Teil der Arbeiterschaft offen steht. Die Masse der Werktätigen teilt abwärts, teils aus wirtschaftlichen Gründen und auch aus Mangel an Verständnis. In letzter Zeit scheint nun hierin ein Wandel eingetreten zu sein, und zwar ist es die Mandoline und Gitarre, die der Arbeiterschaft die Möglichkeit gibt, mehr als bisher sich der schönen Kunst zu widmen. Zur Hebung, Pflege und Förderung der Mandolin-Orchestermusik bestehen in Deutschland zwei Organisationen, welche wohl musikalisch fast gleiche Bestrebungen haben, organisatorisch aber die äußersten Gegner sind. Während der Deutsche Mandolin- und Gitarrenspieler-Bund vorliegt, neutral zu sein (wie alle bürgerlichen Sportverbände) im Grunde aber bürgerlich ist, steht der Deutsche Arbeiter-Mandolinisten-Bund auf dem Boden der freien Arbeiterbewegung. Wir wissen, daß es im kapitalistischen Zeitalter keine Neutralität geben kann, weil die Erhaltung und Verbreitung jeder Organisation von den wirtschaftlichen Verhältnissen abhängig ist. Die norgesetzte „Neutralität“ dient nur zur Entfremdung der Arbeiterschaft von ihrem wirtschaftlichen und politischen Kampf. Der bürgerliche Bund besteht leider aus 95 Prozent Arbeitern, welche nicht einsehen können, daß sie in

den Arbeiterbund gehören. An diese Arbeitsbrüder ergeht erneut der Ruf:

Erkennt, daß man auch mit der Devise „Neutralität“ nur eigenen Reichen halten will. Brecht mit solchen Leuten, die nicht gegen die Feinde der Arbeiter (Stahlhelm usw.) unternehmen, sondern im Gegenteil gemeinsames Wirken mit diesen Klassenfeinden als „Neutralität“ empfehlen. Kommt zu uns, nur unter Gleichgesinnten könnt ihr euch wohlfühlen. Der D. A. M. B. braucht sich nicht mehr hinter den Leistungen der Bürgerlichen verstecken, sondern ist seinen Gegnern an Kraft und Anzahl überlegen geworden. Unser erstes Bundesfest, an welchem Desterreicher, Holländer, Russen, Tschechen usw. teilnehmen, wird den letzten Zweifel beseitigen, wer den Gedanken der wirklichen Volksmusik zum Siege verhilft. Verlaßt die Reihen der Handlanger des Kapitals und kommt mit euren Vereinen zu uns, zum Arbeiterbund.

Arbeitermandolinisten — vereint Euch! — Frei Platz! Auskunft erteilt: Die Geschäftsstelle des D. A. M. B. Magdeburg, Grusonstraße 8.

Merkwürdige Arbeiterportier. In Norwegens Hauptstadt Oslo hat es großes Aufsehen erregt, daß der der Moskauer Sport-Internationale angeschlossene norwegische Arbeiterportierverband den beiden besten norwegischen Schlittschuhläufern Ballergrud und Ewenen, das Angebot gemacht hat, gegen ein festes Gehalt von 5000 Kronen im Jahr in den Arbeiter-Schlittschuhklub überzutreten. Die beiden bürgerlichen Läufer haben das Angebot nicht nur abgelehnt, sondern es auch zur Verhöhnung des Arbeiterportierverbandes in die Öffentlichkeit gebracht.

Die Bundesjubiläumsfeier. Im September vorigen Jahres wurde der Bau der Bundeschule des Arbeiter-Turn- und Sportbundes in Leipzig vollendet. Es waren denkwürdige Tage, die noch lange in der Erinnerung fortleben werden als eine Tat des Proletariats. Jetzt hat der Bundesvorstand eine fast 100 Seiten starke Schrift herausgegeben, die unter dem bescheidenen Titel „Erinnerungsblätter zum 18. und 19. September 1926“ dem Leser ein plastisches Bild der Arbeit und des Ringens um die Vollendung dieser Arbeiterhochschule vermittelt. Ueber 150 prachtvolle Aufnahmen vom Bau, der Einrichtung und der Fertigstellung der Bundeschule, ferner Bilder von dem der Arbeiter-Turn- und Sportklub zu Ehren stattgefundenen Sternlauf werden Freude über diese Schöpferkraft bei jedem Betrachter auslösen. Mehrere Artikel über die Vorarbeiten, die Einweihung und den Sternlauf sind den Bildern beigelegt, sie geben einen Begriff von der Unmenge von Energie und Aufopferung, die nötig war, das Werk zu schaffen.

Bürgerliche Sportbewegung

Damen-Weltmeisterschaft im Schlittschuhlaufen. Die Weltmeisterschaft für Damen im Schlittschuhlaufen kam in Norwegens Hauptstadt Oslo zum Austrag. Die Titelverteidigerin Frau Jarosch-Szabo-Wien unterlag nach dem Spruch des Kampfgerichts mit 364 Punkten gegenüber der 16jährigen Norwegerin Sonja Henie, die es auf 369 Punkte gebracht hatte. Die jugendliche Sonja Henie war bereits 1926 Zweite geworden.



Possehl Kohlen

liefert sofort alle Sorten frei ins Haus

Telephon 8338-8334
„ 8720-8721



Amtlicher Teil

Bekanntmachung

Die Hebamme Paula Magdalena Lunge geb. Flatow, geboren am 27. Oktober 1895 zu Lübeck, ist zur Ausübung des Hebammenberufes in Lübeck als Hebamme zugelassen und vereidigt worden. (2411)

Lübeck, den 22. Februar 1927
Das Gesundheitsamt

Nichtamtlicher Teil

Reinmacheapparat
Sobald gepulst für die Schule. (2415)
Hauptstraße 69

Robiertes Zimmer
1. März zu verm. (2295)
Gevendstraße 16, pt.

Schlaflos, wie auch zu verkaufen
(2409)
Al. Kiejan 19, 1.

Grammophon billig zu verkaufen
(2407)
Gloriastraße 16, II.

Einzel Herren-Arch-Kab
6/11, 3. vert. Obertrape 6

Eingekerkel Kinderwagen zu verkaufen
(2412)
Rosenhain 152

Handbohrmaschine zu kaufen gesucht. Angeb. n. H. 387 an die Exp. d. Bl.

Erne Schlagziege zu verkaufen.
(2397)
Herrenweg, Gisp. 111

Feines neues Damen-Maschinenstich billig zu verkaufen.
(2395)
Dankwartstraße 12, pt.

Nach einem arbeitsreichen Leben starb heute nach kurz Krankheit mein lieber, guter Mann, unser lieber Vater, Schwieger- u. Großvater, Bruder und Schwager

Karl Böning
im 69. Lebensjahre
Tief betrauert u. schmerzlich vermisst im Namen der Hinterbliebenen

Anna Böning geb. Schott
Geb. 22. Febr. 1927
Margaretenstr. 10a
Beerdigung Sonnabend, d. 26. Febr. 2 1/2 Uhr, Kapelle Danwerf. (2402)

Öffentliche Versteigerung

am Freitag, dem 25. Februar, vorm. 9 Uhr in der Versteigerungshalle des Gerichtshauses über:

Berlitz, Soja, Stühle, Spiegel, Chaiselongue, 1 fl. Glasbrant, verschiedene Tische, 1 Blumenänder, Barometer 1 Radio-Bieröhren-Apparat, 1 Zither, 1 Singer-Nähmaschine 1 gr. Kollwagen, 1 Kollwagen m. Kapfenbreit, 5 Sielengeschirre. (2403)

Die Gerichtsvollzieher.

Kinder-Bettstellen
von 12.50 bis 55.—

Große Bettstellen
von 12.50 bis 65.—

Bettenhaus
Faziline Karstadt
Carl Karstadt Ww.
Holtenstraße 15

Sachbücher für Handwerker

Schaltungsbuch für Schwachstromanlagen, Schaltungs- und Stromverlaufszeichnungen mit erläuterndem Text. Preis RM 2.—

Hilfsbuch für Maschinisten und Heizer. Ein Lehr- und Nachschlagewerk für jeden Berufsgenossen von E. Wurr. Preis RM 3.—

Schaltungsbuch für elektrische Lichtanlagen von Dr. Bruno Thierbach. Preis RM 3.—

Hilfsbuch für die Dreherei von Otto Lippmann. Preis RM 3.20

Elektro-Praktikum, Ratgeber für praktische Messungen an elektrischen Apparaten und Maschinen von William Seidl. Preis RM 3.—

Buchhandlung
Lübecker Volksbote
Johannisstraße 46



Doßmann'sches Goldnipp
vernichtet verblüffend
Doppelt so geruchlos, in 10 Minuten trocken.

Verkaufen Sie Ihre Felle
an das Viezhaus
Friedrich Zimmermann
Königsstraße 24,
Ede Plaffenstraße

Sch. zahl. hohe Preise, da ich (2389) Selbstverbraucher bin

Empf. meinen Kaffee- u. Tee-Salon. Auch Anfert. Säml. Haararb. Cor. Bl. u. H. Fleischerstraße 98

Republikantisches **Liederbuch**
Eine Sammlung von ernstlichen und heiteren Liedertexten für patriotische Feiern u. kameradschaftliche Veranstaltungen, die unter den Farben

Schwarz-Rot-Gold
Mattfinden.
Preis 35 Pfennig mit Noten 70 Wfg.

Buchhandlung **Lübecker Volksbote**
Johannisstraße 46

Wenze
Berderstraße 15

Glas schneiden aller Art u. Zubeh. O. Tauchnitz, Glashandlung, Fernr. 2808, Fleischerstr. 35
Bilder-Einrahmungen.

PIERL & EHLING
KOHLEN
HANDEL
G.m.b.H.
Kontor: Beckersgrube 82. F. 2132, 2125
Verkaufsstelle:
Kronstädter Allee 60 — Hansstraße 21
F. 23201 F. 23036

Bestattungen

in jeder Anstaltung
Früchlingsgebühren, Grab, Grabstein mit Inschrift von 150/24 an liefert

F. Barby, Huxstr. 117
Telephon 21944 (515)



Hanseaten-Brau
EXTRA
Pilsner

Hansa-Brauerei AG Lübeck

Joyfinel-Finn

keine Milch, was nur 15 Pf. die Flasche nur den Nährwert der Milch bezahlt. In 10 Minuten von unseren Läden und Verkaufswagen die unerwartet hohe Druckkraft.

Hansa-Meierei